

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement: Preis 3 Mark monatlich 1,30 Mark
 Vierteljährlich 3,90 Mark, monatlich 1,30 Mark
 wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,30 Mark pro Monat
 eingetragene in die Post-Verzeich-
 nisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich. Ungarn
 1,50 Mark für das übrige Ausland
 4 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. 1896.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgrößte Annon-
 zeile oder deren Raum 60 Pf. für
 politische und gesellschaftliche Berichts-
 und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt
 Wort 30 Pf. (zählend 2 festgedruckte
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.
 Stellenangebote und Schlusskollan-
 zeilen das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 6 Pf. Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Anzei-
 gen für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Wittwoch, den 20. September 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Der neue Kurs auf der Reichs- konferenz.

Von Karl Kautsky.

Nur wenige Stunden trennen uns von dem Zu-
 sammentritt der Parteikonferenz, und noch herrscht unter ihren
 Besürwortern selbst das größte Durcheinander der Meinungen
 über ihre Aufgaben. Während die einen in ihr bloß eine Stätte
 freier Aussprache sehen, die zur Verständigung der gegenfäl-
 lichen Richtungen führen soll, wünschen andere, sie solle von
 den Gegenständen schweigen, von der Stellung zum Krieg
 und den Kriegszielen völlig absehen und sich ausschließlich
 den Fragen der Heilung seiner Wunden widmen. Eine
 dritte Richtung endlich verlangt, die Festlegung der
 Kriegspolitik unserer Partei zum „Leitmotiv der Konferenz-
 verhandlungen“ zu machen, wie sich Genosse Severing im
 jüngsten der Sozialistischen Monatshefte ausdrückt, das der
 Reichskonferenz gewidmet ist und in einer Reihe von Auf-
 sätzen zeigt, was man in jenem Lager unter der sozialistischen
 Kriegspolitik versteht, auf die unsere Partei durch die Konferenz
 „festgelegt“ werden soll.

Natürlich hat die Konferenz nicht das Recht, irgend etwas
 oder irgend jemand festzulegen. Sollte sie Beschlüsse fassen, könnten
 sie nur als Gutachten gelten, die niemand binden. Beachtens-
 wert können sie allerdings dann werden, wenn sie klar er-
 kennen lassen, was diejenigen Elemente wollen, die auf der
 Konferenz die Mehrheit erlangen.

Das jüngste der Monatshefte erwidert sich das Verdienst,
 dazu eine laute Overtüre vorzuführen,
 Schon der einleitende Artikel Severings stimmt die
 Melodie an, die von den anderen Konzertierenden variiert
 wird.

Den Grundton gibt die Erklärung: der Krieg gilt in
 erster Linie England und der Gegensatz gegen England wird
 den Krieg überdauern. Severing sagt:

Welche Veränderungen der Krieg auch auf der Landkarte
 Europas vornehmen wird: an dieser Tatsache (der Gegen-
 sätze beider Völker) wird der Friedensschluß wenig ändern.

Um den Krieg gegen England nach dem Friedensschluß
 fortführen zu können, dazu erscheint Severing die Schaffung
 Mitteleuropas notwendig und die Verständigung vor allem
 mit Rußland. Wo sind die Zeiten, da der Krieg von den
 Männern des 4. August gepriesen wurde als Kampf gegen
 den fluchwürdigen Jarrismus? Als das wichtigste Kriegsziel
 der Sozialdemokratie bezeichnet aber Severing die „Sicher-
 stellung der Rohstoffzufuhr aus eigener Kolonialtätig-
 keit“.

Er läßt uns nicht erkennen, wie er diese „Sicherstellung“
 bewirken will, die im Frieden überflüssig wäre und im Krieg
 einer Flotte bedürfte, die sich jeder anderen weit überlegen
 zeigte. Auch schweigt er darüber, ob er alle Gebiete der
 Welt, aus denen der deutschen Industrie Rohstoffe zugeführt
 werden, in deutschen Kolonialbesitz verwandeln will. Auf
 jeden Fall darf man annehmen, daß eine kraftvolle koloniale
 Eroberungspolitik und die Wiederherstellung der heiligen
 Allianz die Ziele darstellen, denen nach dem Willen der
 Richtung, der Severing angehört, die deutsche Sozialdemokratie
 dienlich gemacht werden soll.

Ray Schippel singt das gleiche Lied in seinem
 Artikel über den „englischen Wirtschaftskrieg“ nach dem
 Friedensschluß. Dieser alte Schutzöllner gerät in stärkste
 moralische Entrüstung darüber, daß es englische Politiker gibt,
 die Miene machen, den Freihandel zu verabschieden und sich
 auf den Boden zu stellen, den Schippel seit zwei Jahrzehnten
 fanatisch als den einzig richtigen in der Handelspolitik ver-
 folgt. Er entsetzt sich, daß der Freihandel für Deutsch-
 land höchst notwendig ist, aber nur der Freihandel in
 England. Er sieht noch immer nicht, daß der beste Weg
 zum Freihandel der anderen der ist, daß man sich selbst zum
 Freihandel bequemt, und daß die schutzöllnerische Richtung in
 England nur den Widerhall der schutzöllnerischen Politik und
 ihrer Konsequenzen bei uns bildet. Der Freihandel (in Deutsch-
 land) erscheint ihm als eine lächerliche und verderbliche Schimäre,
 somit hält er den Wirtschaftskrieg mit England nach dem
 Friedensschluß für eine Tatsache, an der „man keinen Augen-
 blick zweifeln dürfen“. Für diesen Krieg sieht er sich
 bereits nach einem Alliierten um, und den findet er nicht in
 den Freihändlern und Arbeitern Englands, sondern in dem
 „agrarischen Rußland“, diesem „Schlachtopfer Englands“.
 Die russischen Agrarier, die bilden die Stütze und den Stab
 der „sozialdemokratischen“ Kriegspolitik!

Was dabei noch fehlt, bringt Duessel bei in seinem
 Artikel über „Die Bedeutung der Seegeltung“. Er weist auf
 ein Buch hin, in dem ein amerikanischer Seefahrer 1892 die
 Wirkungen einer starken Flotte veranschaulicht. Tirpitz veran-
 laßte, daß dieses Buch in einer deutschen Uebersetzung 1899 erschien,
 damit es die Flottenpropaganda unterstütze, die bei unserer
 Partei einmütig die stärkste Opposition fand. Jetzt legt uns Duessel
 dieses Buch, das „auf Veranlassung des kaiserlichen Ober-
 kommandos der Marine“ zur Bekämpfung der sozialdemo-
 kratischen Anschauungen erschien, dringend ans Herz. Er liest
 aus ihm heraus, daß das Schicksal der deutschen Industrie
 von Deutschlands Seeherrschaft abhängt. Also Wettrüsten
 gegen England zur Sicherung der deutschen Industrie!

Duessel hat wohl vergessen, daß er in einem Wahlkampf
 gewählt wurde, in dem unsere Partei, wie seit jeher, die
 Tirpitzsche Politik bekämpfte und für Abrüstung eintrat. Stand
 er damals schon auf dem Tirpitzschen Boden, dann ist er auf
 Grund falscher Vorspiegelungen Abgeordneter geworden.
 Oder ist ihm die Richtigkeit des alten Mahanschen Buchs erst
 nach dem 4. August 1914 klar geworden?

Eine neue Note schlägt Duessel am Schlusse seines Ar-
 tikels an, wo er die Arbeiter darauf hinweist, daß „das Ge-
 deihen der Industrie nicht nur die Sache der Unternehmer,
 sondern in noch viel höherem Maße ihre eigene Sache ist“,
 so daß sie „zu deren Verteidigung und Sieg“ und gegenüber der
 „britischen Seetryrannei, die ständig unser Dasein bedroht“, „mit
 den Arbeitgebern zusammenstehen müssen“.

Dieses Thema der Interessensharmonie von Kapital und
 Arbeit, durch Duessel nur angeschlagen, wird dann weiter fort-
 gesponnen von zwei Gewerkschaftern.

Wilhelm Jansson sieht in seinem Artikel über
 „Wirtschaft und Gewerkschaft nach dem Kriege“ wohl ein, daß
 der deutschen Arbeiterschaft der Friede noch keine billigen
 Lebensmittel, wohl aber die Gefahr einer Herabsetzung der
 Löhne bringen wird. Wir dürfen hinzufügen, daß Arbeits-
 losigkeit und hoher Steuerdruck die Situation für die Arbeiter-
 schaft noch düsterer gestalten werden. Angesichts dessen sollte
 man meinen, daß die Gewerkschaften die schärfsten Klassen-
 kämpfe für selbstverständlich halten und sich darauf richten.
 Aus dem Janssonschen Artikel ist das nicht zu ersehen. Er
 weist darauf hin, daß große Lohnkämpfe der deutschen, ohne-
 hin bedrängten Wirtschaft schwere Wunden schlagen würden:

Daher sollte die Verständigung in der Lohnfrage allen
 andern Dingen vorangehen.

Er redet also den Unternehmern zu, den Arbeitern an-
 ständige Löhne zu zahlen. Glauben unsere Gewerkschafter
 wirklich, daß derartiges Jureden nützen wird?

Den Hauptinhalt des Artikels bildet indes nicht die Unter-
 suchung von Maßnahmen zur Wahrung der Interessen der
 Arbeiterschaft, sondern von Maßnahmen zugunsten der
 Industrie, das heißt aber nichts anderes als der Ka-
 pitalistenklasse, die die industriellen Betriebe besitzt
 und ausbeutet. Nun haben wir selbstverständlich an dem
 Gedeihen der Industrie auch ein Interesse, indes, soweit es
 gleichbedeutend ist mit dem Profit, brauchen wir nicht zu be-
 fürchten, daß diese Aufgabe von den Kapitalisten vernachlässigt
 wird. Nicht darum braucht das Proletariat, brauchen Ge-
 werkschaften wie Sozialdemokratie besonders besorgt zu sein,
 ihre Aufgabe geht vielmehr dahin, darüber zu wachen,
 daß die Bemühungen für das Gedeihen der Industrie nicht
 Formen annehmen, die der Arbeiterschaft oder der Gesellschaft,
 das heißt den Konsumenten, schädlich werden.

Jansson kommt aber bei seiner Untersuchung der Mittel,
 die Industrie nach dem Kriege zu fördern, zu der Forderung
 der „monopolistischen“ Zusammenschließung einzelner
 Industrien, die sowohl auf geschlichem Wege, wie auf
 dem freier Vereinbarung vor sich gehen kann“, also der Her-
 stellung privater Monopole durch Unternehmerverbände. Nun
 ist nicht daran zu zweifeln, daß die Organisationen
 und damit die Macht der Unternehmer im Kriege
 gewaltig gewachsen sind und nach ihm vielleicht
 noch steigen werden. Ist es aber gerade die Aufgabe
 von Gewerkschaftern, sich um die Hochhaltung des Profits durch
 monopolistische Unternehmerorganisationen noch besonders zu
 bemühen? Ist nicht die gewerkschaftliche Macht und Tätigkeit
 in einem Industriezweig um so mehr gehemmt, je mehr er
 monopolisiert, je höher seine Unternehmerorganisation
 entwickelt ist? Allerdings, wenn die gewerkschaftlichen Methoden
 den wirtschaftlichen Kampf künftighin ganz ausschalten und
 durch gütliches Jureden ersetzen wollen, dann gewinnt
 die Frage der Monopole ein anderes Gesicht. Aber kein
 schöneres.

Deutlicher als Jansson wird Umbreit in seinem Ar-
 tikel: „Wohin steuern wir?“ Er gibt uns klipp und klar die
 Antwort: Zur Interessensharmonie von Kapital und Arbeit.

Die Politik des 4. August 1914... gewährt (1) das
 Zusammenwirken aller Kräfte für den baldigen Wiederaufbau der
 heimischen Volkswirtschaft, der für die Arbeiterklasse eine Lebens-
 frage ist. Dieser Wiederaufbau kann nicht das Werk einzelner
 Klassen oder Gewalten sein, sondern muß in gemeinsamer
 Arbeit aller Volksteile geschehen.“ (Die Unterstreichungen
 rühren vom Verfasser her.)

Nur der Gesamtwille des deutschen Volkes kann eine Lebens-
 wirtschaft aufrichten, die allen beteiligten Gewalten, Staat und
 Volk, Unternehmern und Arbeitern, ein gedeihliches Auskommen
 gewährt und die sich in der Weltwirtschaft durchzusetzen vermag.
 Darum keine Isolierung, keine Proklamierung von Klassen-
 gegenlagen und Klassenkämpfen, wo Zeit und Tatfachen ein ge-
 meinmäßiges Zusammenarbeiten dringend erheischen.“

Umbreit ist allerdings so gütig, den Klassenkampf nicht
 für immer aufzugeben. Er fordert „nur“ seine Vertagung
 für viele Jahre nach dem Kriege, gerade für die Zeit, in der
 die Arbeiter die Unterstützung der Gewerkschaften am drin-
 gendsten in den unvermeidlichen Lohnkämpfen brauchen werden.

Dahin also steuern nach Umbreit die Gewerkschafter!
 Nicht Klassenkampf, sondern gemeinnütziges Zusammenarbeiten
 mit den Unternehmern auch nach dem Kriege, wenigstens
 auf so lange Zeit hinaus, bis die Kriegswirkungen überwunden
 sind.

Umbreit vergißt bloß die Kleinigkeit, daß auch die Ver-
 treter des Klassenkampfes „gemeinnütziges Zusammenarbeiten“

nicht abgelehnt haben. Nur machten sie leider die Erfahrung,
 daß die „Gemeinnützigkeit“ vom proletarischen Standpunkt
 ganz anders aussieht, als vom kapitalistischen und mit diesem
 unvereinbar ist. Es ist nicht lange her, da hat auch Umbreit
 es gewußt. Die ganze Tätigkeit unserer Partei wird seit
 ihrem Bestehen von dieser Erkenntnis geleitet. Was ist ge-
 schehen, das sie jetzt plötzlich zuwichte machen sollte? Das
 ganze „Zusammenarbeiten“ wird ein jähes Ende nehmen, so-
 bald es gilt, von Worten zu Taten überzugehen und das
 Wortlein „Gemeinnützigkeit“ durch bestimmte Forderungen und
 Maßregeln zu ersetzen.

Heilmann kommt Umbreit zu Hilfe in seinem Artikel
 über „Klassenkampf und Gemeinschaftsarbeit“.

Was? ruft er, Ihr strengen Marxisten wollt uns vor-
 werfen, daß wir den Klassenkampf preisgeben? Nichts weniger
 als das. Eure Vorwürfe sind vom Standpunkt der marxistischen
 Geschichtsauffassung selbst „ungerecht und hallos“.

Wer sie erbebt, überfiebt vollständig, daß gerade nach dieser
 Geschichtsauffassung der Krieg selbst Klassenkampf
 reiner Art und schärfster Form ist...“

Gerade nach dem Klassenkampfgedanken ist es daher selbst-
 verständlich, daß alle geringeren Klassenkämpfe vor dem gigantischen
 Klassenkampf des Krieges so weit zurückzutreten haben, daß sie ihn
 nicht schädigen.“

Wieso ist aber der Krieg ein Klassenkampf? Einfach des-
 wegen, weil in der heutigen Gesellschaft ein Volk das andere
 ausbeutet oder ausbeuten kann. Das wird erst in einer
 sozialistischen Gesellschaft anders werden. Heute stehen
 deutsche und englische Arbeiter einander in notwendigem
 Interessengegenstand gegenüber, weil die Arbeiter des einen
 Volkes das andere entweder ausbeuten oder dessen Ausbeutung
 abwehren wollen.

Diesen Unsinn zu widerlegen, ist überflüssig. Um so mehr,
 als er nicht einmal originell ist. Heilmann hat ihn von
 Mensch abgeschrieben. Dieser versuchte wenigstens, wenn auch
 mit kläglichem Erfolg, ihn durch Tatsachen zu begründen.
 Heilmann schenkt sich auch das.

Bemerkenswert wird aber seine neue Klassenkampfstheorie
 dadurch, daß sie einen dauernden Interessengegenstand zwischen
 den Arbeitern der verschiedenen Länder behauptet. Damit
 wird der Internationalität des proletarischen Klassenkampfes
 aller Vöden entzogen. Auch dieses Stück unserer Grundzüge
 wird so zum alten Eisen geworfen.

Um den Chor zu vervollständigen, treten noch Kautsky
 und Peus auf. Kautsky, um dem Parteivorstand Vorwürfe
 darüber zu machen, daß er das agrarische Interesse bei den
 Ernährungsdebatten nicht genug geachtet habe, das doch für
 unseren Sozialdemokraten das wichtigste aller Interessen ge-
 worden ist, und daß er in der Frage Mitteleuropas sich nicht
 dazu entschließen konnte, ohne Scheu den Schutzöllgedanken
 anzuerkennen, ohne den solch ein Wirtschaftskomplex sich nun
 freilich beim besten Willen nicht schaffen läßt“.

Peus endlich findet, daß „wir uns in Zukunft der Be-
 willigung des Heeres- und Flottenbudgets nicht
 mehr werden entziehen können, und er enthält die Harmonie
 der Interessen aller Klassen als den Kern des Sozialismus“:

„Der eigentliche Leitgedanke unserer Politik, der den Kern sozia-
 listischer Politik überhaupt herauschält, muß sein: Entwicklung
 der Produktion des ganzen Volkes, in Industrie wie in Land-
 wirtschaft. Mögen die Produktionsmittel noch zum großen Teil (1)
 in privater Besitz sein, wir haben gleichwohl zu verfahren,
 als ob die Produktion schon ganz unsere Angelegenheit
 wäre.“

Da haben wir also endlich den Kern der sozialistischen
 Politik rein herausgeschält: Sie besteht nicht darin, daß die
 Arbeiter den Besitz der Produktionsmittel erobern,
 sondern daß sie sich einbilden, sie hätten sie schon er-
 obert, daß sie also das Gegenteil dessen voraussehen, was
 wirklich besteht. Dieser Verkehrtheit entsprechend sollen sie
 handeln. Das ist die einzig wahre, illusionenfreie positive
 und reale Politik.

Da haben wir die Politik, die als die des 4. August
 von der Reichskonferenz für unsere Partei bis über den Krieg
 hinaus festgelegt werden soll: Allianz mit Rußland gegen
 England, Schutzöll, auch agrarische, selbst wenn sie zum
 Wirtschaftskrieg führen, koloniale Eroberungen, Budget-
 bewilligung, Wettrüsten, Einstellen des Klassenkampfes, Pro-
 klamierung der Uebereinstimmung der Interessen der Kapi-
 talisten und der Arbeiter und des dauernden Interessengegen-
 sates der Arbeiter der verschiedenen Länder.

Dieses Programm widerlegen wollen, hieße den
 ganzen Inhalt des bisherigen Kampfes unserer Partei
 gegen ihre Gegner wiederholen. Was hier gefordert
 und behauptet wird, das waren bisher die For-
 derungen und Anschauungen unserer erbittertesten Gegner,
 Forderungen, die den Interessen des Proletariats wie der
 Entwicklung des deutschen Volkes aufs schärfste wider-
 sprachen — was heute nicht weniger, sondern mehr gilt als je.
 Der Kampf gegen diese Forderungen und Anschauungen
 bildete das Leben unserer Partei. Wer der Reichskonferenz
 zustimmt, sie solle sich auf diese Politik festlegen, kann ihr
 ebenjogut zumuten, sie solle sich gleich der nationalliberalen
 Partei anschließen. Jeder Nationalliberale kann ruhig dieses
 sozialdemokratische Aktionsprogramm unterschreiben.

Es sind aber leider nicht mehr ein paar Eingänger, die
 uns auf jenes Programm „festlegen“ wollen. Die Monats-
 hefter und die Sticker, die mit ihnen die gleichen Töne an-

schlagen, bilden den energischsten und entschiedensten Teil der Mehrheit, den Teil in ihr, der am klarsten weiß, was er will und der es am deutlichsten ausspricht. Ohne diese Elemente verliert die Mehrheit ihren Halt, hört sie wahrscheinlich auf, überhaupt, auch nur nach außen hin, Mehrheit zu sein. Sie beherrschen die Mehrheit.

Es ist nicht zu erwarten, daß dieser die Energie oder auch nur das Bedürfnis gegeben sein werden, den rechten Flügel von sich abzuschütteln. Aber die Zeit des Verschleierns und Vertuschens ist vorbei. Wer gegenüber der beabsichtigten Verdrehung unserer Partei in das gerade Gegenteil dessen, was sie ein halbes Jahrhundert lang gewesen, nicht klar und unabweisbar Stellung nimmt, gerät in die Rolle des Hehlers, der noch tiefer eingeschätzt wird, als der Stehler.

Wir erwarten nicht viel von der Reichskonferenz. Immerhin versprechen ihre Verhandlungen, die sogenannte Politik des 4. August und ihre Konsequenzen aus dem dümmlichen Zwielicht, in dem sie bisher stand, in klareres Licht zu setzen. Und jeder Zuwachs an Klarheit bedeutet neuen Zuwachs für die sogenannte Minderheit, bedeutet einen Gewinn für die Partei.

In diesem Sinne können wir die Konferenz willkommen heißen.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 18. September. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht vom 13. September. (Verspätet eingetroffen.) An der Frontgraben griffen die Engländer in der Umgebung von Rasfirah am 9. September unsere Front mit einer etwa fünftausend Mann starken Truppenmacht und verschiedenen Geschützen und Maschinengewehren an, wurden aber zurückgeworfen und verfolgt, wobei sie schwere Verluste erlitten. An den übrigen Fronten kein wichtiges Ereignis. Der Vize-Generalissimus.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 18. September. (W. Z. B.) Meldung des Großen Generalstabes:

Mazedonische Front: Gestern, am 17. September, haben die vereinigten russischen, französischen und serbischen Truppen unsere Stellungen um Verin (Florina) erfolglos angegriffen; alle feindlichen Angriffe sind durch Gegenangriffe abgewiesen worden. Auch Angriffe gegen die Höhe Kaimaktschalan wurden abgewiesen. Im Tal der Rogenica das gewöhnliche Artillerie- und Infanteriefeuer, im Warbatal schwache Geschützfeuer. Am Fuße der Belasitza Planina haben wir vorgeschobene italienische Abteilungen bei den Dörfern Matnisa, Gorni Poroj und Dolni Poroj angegriffen und fünf Offiziere und 250 Mann vom 62. italienischen Regiment gefangen genommen; außerdem blieben 2 Maschinengewehre in unserer Hand. Längs der Struma unbedeutende Infanteriegefechte zwischen Vorpostenabteilungen.

Die feindliche Flotte hat das Dorf Pravishta beschossen. Dobrudzha: Der Kampf, der auf der Linie der Dörfer Maralut, Monut, Arabadschi, Kofardscha, Cobadinu und Tuzla begonnen hat, entwickelt sich zu unseren Gunsten; infolge von Gegenangriffen haben wir die Dörfer Solukli, Schiol und Wassil besetzt, in welchen wir 5 Geschütze und 4 Maschinengewehre erbeutet haben. Am 15. September haben wir nach kurzem Gefechte die vor Ankunft unserer Truppen von der Bevölkerung geräumte Stadt Mangalia besetzt.

Am Ufer des Schwarzen Meeres Ruhe.

Minister Radostawow.

Die feindlichen Heeresberichte.

Der französische Tagesbericht.

Vom 18. September nachmittags. (W. Z. B.) Nördlich der Somme eroberten die Franzosen östlich von Cléry Gräben und tiefen feindlichen Gegenangriffe auf diese Stelle zurück. Südlich der Somme unternahm der Feind im Laufe der Nacht mehrere Gegenangriffe auf die französischen Gräben östlich von Berny und südlich von Denicourt. In der letzteren Gegend versuchten die Deutschen nicht weniger als drei heftige Angriffe. Alle Angriffe wurden mit schweren Verlusten für den Feind abgeschlagen. Nördlich von Berny machten die Franzosen neue Fortschritte.

Das Türkenviertel der galizischen Front.

Von Hugo Schulz-Wien.

Kriegspressequartier, 11. September 1916.

Wie auf Schleppläpfen sind die Türken nach Galizien gekommen, lautlos und schier unsichtbar, wie wenn sie Taranteln getragen hätten. Wohllich waren sie da und nicht, wie die „Gutinformierten“ einander zuraunen, bloß ein kleines Hüflein, das lediglich um die Prophezeiung zu erfüllen, „seine Nase in dem Dnjepr tränken sollte“, sondern eine stattliche Streitmacht, deren Eingreifen sich den Feinden alsbald schmerzlich fühlbar machen mußte. Sie merkten auch sofort, daß die Anwesenheit von ottomanischen Kriegern kein Kluff, sondern mächtige Wirklichkeit ist.

Sie stehen heute in Galizien auf einer Front von mehreren Kilometern im Abschnitt von Orzechow, sie gehören mithin zum Verbande der Armee Bozhmer. Sie unterhalten mit den Kavalleriegruppen musterartige Kameradschaft, heben sich aber nicht bloß durch Uniformen, sondern vor allem durch ihre Lebensweise scharf von ihnen ab. Man gerät in eine andere Ferne und fremde Welt, wenn man ihre Stellungen besucht, in ein eingeprengtes Stück Orient. Nicht etwa, daß ein Unterschied des Kulturniveaus sichtbar würde! Der Schützengraben schafft ja da und dort recht primitive Verhältnisse, und wenn sich unsere eigenen eisen-geräbter in ruhigen Zeiten des Positionskrieges auch manchmal etwas vom Kulturbefeh des Hinterlandes herbeizuschmuggeln wissen, bringen sie es in der Kultur des Wohnens doch wohl nicht weiter als die mexikanischen Puebloindianer. Darin gibt es keine Gegenätze zwischen Orient und Occident. Auch die Türken bauen mit Eifer die typischen Grabenbefestigungen, die sich nicht nach den Geboten zivilisierter Bedürfnisse, sondern nach den Geboten des Krieges gestalten, auch sie finden ihr dürftiges Lager in niedrigen Unterständen, in den Stoppeneinrichtungen, Magazine, Kochstellen, Munitionsdepots und Werkstätten, die die Hintergründe und zugleich Nährquellen ihrer Kampffront bilden, verstehen auch sie zu gestalten und zu wahren — nicht anders als die unfrigen. Nur gewisse äußerliche Seiten des Gebehens sind es, die das Fremde und andersartige ihrer Lebensformen kennzeichnen, mitunter Kleinigkeiten, die unseren Soldaten komisch vorkommen, weil sie ihnen völlig unverständlich sind. Besonders viel besprochen war bei den unfrigen die Gewohnheit der türkischen Kameraden, außer Dienst immer eine volle Feldflasche in der linken Hand zu tragen. Dieser Gebrauch blieb lange rätselhaft, wurde aber nach einigermaßen, als man hinter seine Ursache kam. Die Türken verschmähen infolge irgendeines rituellen Verbotes das Trinken von den Stuppen gelieferte Abofettwasser und erfüllen dessen Pflichten, indem sie komplizierte Wasserspülungen vornehmen. Das klingt den unfrigen seltsam, aber die Reinlichkeitsbegriffe sind eben von Ort zu Ort und von Zeit zu Zeit verschieden. Die römischen Kaiser aus dem Hause der Konstantin und Valerianen machten es in ihrem Hauptquartier zu Stambul auch nicht anders

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 19. September 1916. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Im Sommegebiet unter dem Einfluß schlechter Witterung keine größere Kampfhandlung. Die Artillerietätigkeit war gleichwohl teilweise sehr heftig. Nördlich von Ginchy und vor Combles überließen wir einige vollkommen zusammengeschlossene Gräben dem Gegner und schlugen Teilangriffe bei Velloy und Vermandovillers ab.

Heeresgruppe Kronprinz.

Links der Maas gelangte ein französischer Angriff am Westhang des „Toten Mannes“ vorübergehend in einen unserer Gräben.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Deutsche und österreichisch-ungarische Truppen des Generals von Bernhardt stürmten unter Führung des Generalleutnants Glandius den stark befestigten russischen Brückenkopf nördlich von Jareze am Stochod und verfolgten den Feind bis auf das Ufer. 31 Offiziere, 2511 Mann und 17 Maschinengewehre sind in unsere Hand gefallen.

Bei Perepeluiki (zwischen Sereth und Strypa) nahm eine deutsche Jägerpatrouille 2 Offiziere 80 Mann gefangen.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Der Gegenangriff an der Karajowka brachte uns weitere Erfolge. Die Zahl der Gefangenen ist auf mehr als 4200 gestiegen.

In den Karpathen vom Smotrec bis in die Gegend von Kirlibaba lebhaft Kämpfe. Verschiedene starke russische Angriffe sind zurückgeschlagen, im Ludowa-Gebiet erlangte der Gegner keine Vorteile.

Beiderseits von Dorna Watra erlitten Russen und Rumänen bei vergeblichen Sturmversuchen schwere Verluste.

In Siebenbürgen sind die Rumänen südlich von Hähing (Hatzeg) durch Truppen des Generalleutnants v. Staabs geschlagen. Sie werden verfolgt.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

In die gestern berichtete russisch-rumänische Stellung sind die verbündeten Truppen an mehreren Stellen eingedrungen.

ebenso an den Oständern von Denicourt, das jetzt vollständig umgingelt ist. Die Zahl der bis jetzt gezählten Gefangenen erreicht 1200. Mehr Maschinengewehre blieben in den Händen der Franzosen. Nach Befreiungen von Gefangenen waren die Verluste der 10. deutschen Ersatzdivision und des 120. deutschen Reservekorps in den gestrigen Kämpfen in der Umgebung von Berny außerordentlich schwer. Zwei Bataillone der 88. und 11. Division wurden durch die französische Artillerie fast vollständig vernichtet. Von dem übrigen Teil der Front ist kein Ereignis zu melden.

Flugwesen: Feldwebel Tarassow schoß sein fünftes Flugzeug ab. Das feindliche Flugzeug fiel bei Denicourt herunter. Am selben Tage brachte Leutnant Hourteaux sein siebentes Flugzeug zum Absturz. Französische Flugzeuggeschwader führten verschiedene Beschießungen aus. Zwei Bomben wurden auf den Bahnhof von Rantillois und 83 auf Villers, Carbonnel und Dorgny aus einer Höhe von 800 Meter abgeworfen. Sie richteten beträchtlichen Schaden an.

Vom 18. September abends. (W. Z. B.) Nördlich der Somme hat ein heftig geführter Angriff uns zu Herren eines Knotenpunktes feindlicher Schützengräben etwa 200 Meter südlich von Combles gemacht, das hat uns etwa 50 Gefangene, darunter 2 Offiziere, eingebracht. In den Abschnitten an der Straße von Böhune bleibt der Artilleriekampf heftig. Südlich der Somme ist der Kampf in Denicourt erbitert weitergegangen; nach-

dem unsere Infanterie das Dorf genommen und seine letzten Verteidiger gefangen hatte, hat sie ihre Vortruppen annähernd einen Kilometer weit auf Ablaincourt vorgeschoben. Gleichzeitige Gefechtsabhandlungen haben zur Bequemung eines Grabens westlich von Norgny, zur Verjagung des Feindes aus drei kleinen Gehözen südlich von Denicourt und zur Befreiung mehrerer Gräben südwestlich davon geführt; die Zahl der unbedeutenden Gefangenen vom 17. und 18. September aus diesem Abschnitt übersteigt zurzeit 1600, darunter 25 Offiziere. In der Champagne ziemlich starke Tätigkeit der beiderseitigen Artillerie in der Gegend westlich der Straße Souain-Somme-Py. Am linken Maasufer haben wir uns eines deutschen Schützengrabens an den südlichen Abhängen des Toten Mannes bemächtigt; einige Gefangene sind in unseren Händen geblieben. An der übrigen Front war der Tag ruhig.

Belgischer Bericht. Von der belgischen Front ist nichts von Bedeutung zu melden.

Französischer Orientbericht vom 18. September. (W. Z. B.) Von der Struma bis zum Bardar ist kein Ereignis von Bedeutung zu melden, außer ziemlich lebhaftem Artilleriekampf an verschiedenen Stellen der Front. Nördlich von der Gerna haben die am Fuße des Betreniberges angelangten serbischen Truppen heftige Angriffe der Bulgaren, die unter Sperrfeuer und Maschinengewehrfeuer genommen wurden, abgewiesen; die feindlichen Truppen haben

dann gern im Tausch für ein paar türkische Vokabeln ein paar deutsche geben. Zweifellos gehören die türkischen Truppen, die in Galizien stehen, zum allerbesten Kern der türkischen Armee. Fast lauter kräftige, schmale Männergestalten, die meisten recht jung oder im reifsten Mannesalter. Sie sind durchweg erprobte Kämpfer, die bei Ari Burnu durch Monate einem fürchterlichen Gegner handelten. Die Kämpfe in Ostgalizien erscheinen ihnen leichter und die Russen als weniger gefährliche Feinde. Ob mit Recht oder Unrecht, jedenfalls fühlen sie sich diesem Gegner überlegen, und gewachsen sind sie ihm zweifellos. Sie haben ihm auch in den bisherigen Kämpfen gründlich heimgeleuchtet. Mitte August bezogen sie ihre Stellungen in Ostgalizien und sofort brachen die Russen mit starken Kräften — allerdings ohne besondere Artillerievorbereitungen — gegen sie vor. Sie wurden glatt abgewiesen und gaben dann längere Zeit Ruhe. Infolge der Ereignisse zwischen Flota Lipa und Dnjepr mußte ein Teil der Armee Bozhmer zurückgenommen werden und auch die Türken mußten herumzuwandern ihre Stellung ändern. Diese Schwankung mußte, damit der Anschluß an die zurückgenommenen Kräfte nicht verloren gehe, sehr rasch durchgeführt werden. Die Russen merkten die Bewegung sofort und drängten auf bereits vorbereiteten Wegen, die Flota Lipa übersärend, rasch nach. Es war nun besonders wichtig, den an die österreichische Front jenseits der Flota Lipa angelöteten Dreiflügel festzuhalten, gegen den der Feind mit aller Macht seiner weit überlegenen Kräfte loszugehen drohte. Nur eine schwache Nachhut, aus wenigen Bataillonen bestehend, war in den geräumten Stellungen geblieben und auf diese fiel nun die ganze Wucht des russischen Angriffes. Die türkische Nachhut hatte Befehl, bis 1 Uhr den Feind festzuhalten. Sie blieb, Angriff auf Angriff abweisend, bis 5 Uhr in der Stellung und zog sich dann, den Feind in respektvoller Entfernung haltend, unbehelligt zurück. Langsam rückten die Russen nach und schoben sich an die neuen Stellungen heran, um sie in der folgenden Nacht anzugreifen. Die Türken hatten den Boden kaum noch gerührt, der Feind rechnete wohl mit dieser Tatsache und gedachte, mit seinen Waffen den bedungslosen Gegner zu überrumpeln. Bis zum Morgen grauen wahrte das Ringen und endete mit einer völligen Niederlage des Angreifers. Vormittags machten die Türken sogar einen kurzen Gegenstoß, nannten ein russisches Bataillon über den Haufen und machten etwa 100 Gefangene. Die Russen ließen aber nicht locker und gingen am 8. September mittags mit noch stärkeren Kräften neuerlich zum Angriff vor, der sich hauptsächlich gegen das Zentrum und gegen die Stützlinie am Flügel richtete. Es war ihre offenkundige Absicht, einerseits die Verbindung der türkischen Front mit der anschließenden österreichisch-ungarischen zu zerschneiden und andererseits gegen die Bahnlinie Orzechow-Galicie durchzustossen. Unter außerordentlichen Verlusten brachen sämtliche russischen Angriffe vor den dürftigen kaum knietiefen Schützengräben der Türken zusammen und seitdem herrscht auf diesem Frontabschnitt leidliche Ruhe, die nur zeitweilig durch Artilleriefeuer unterbrochen wird.

Mazedonische Front.

Im Beden von Florina haben sich neue Kämpfe entwickelt.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorff.

Der österreichische Generalstabesbericht.

Wien, 19. September 1916. (W. Z. B.) Amtlich wird veröffentlicht:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front gegen Rumänien.

Südöstlich von Hatzeg (Höhing) wurden die Rumänen über Merisor gegen Petroseny zurückgeworfen. Im Bergeny- und Relemen-Gebirge enge Gefechtsführung.

Heeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Die Russen setzten in der Bukowina ihre Angriffe fort. Beiderseits von Dorna Watra kämpften auch rumänische Heereskräfte mit. Österreichisch-ungarische und deutsche Truppen schlugen alle, stellenweise von härtestem Geschützfeuer eingeleiteten Anstürme der Feinde zurück.

Südöstlich der Ludowa drängte der Gegner ein schmales Stück unserer Front etwas gegen Westen.

Bei Lipnica Dolna gewann der deutsche Gegenangriff weiter Raum.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Im Bergelände der Armee des Generals v. Boehm-Ermolli erfolgreiche Streifungen.

Bei der Kampfgruppe des Generals Hatz wurde der Brückenkopf von Jareze (südlich von Stochowa) erobert. Die österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen des Generalleutnants Glandius überbrannten vier hintereinander liegende Linien und brachten 31 russische Offiziere, 2511 Mann und 17 Maschinengewehre ein.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Karsthochfläche verlief der gestrige Tag ruhiger, da die Angriffskraft der im Kampfe gekonnten italienischen Heereskörper sichtlich vermindert ist. Vereinzelt Vorstöße des Feindes wurden abgewiesen. Der Gefechtskampf war nachmittags mehrere Stunden hindurch sehr heftig, namentlich im südlichen Abschnitt der Hochfläche. Dort hat sich seit Beginn der Schlacht das Infanterie-Regiment Nr. 102 durch tapferes Aushalten ausgezeichnet. Bei Fliß und auf dem Kamme der Fassaner Alpen schlugen unsere Truppen mehrere Angriffe schwächerer Abteilungen ab.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Bei unseren Streitkräften nichts von Belang.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Hofer, Feldmarschalleutnant.

starke Verluste erlitten. Weiter westlich haben serbische Abteilungen, welche ihr Vordringen trotz der Geländeschwierigkeiten fortsetzten, in einem einzigen Anlauf die stark ausgebaute und durch zahlreiche Drahtnetze gestützte erste bulgarische Linie auf dem Stamm des Raimaktschalan genommen; ein in der Nacht angesetzt feindlicher Gegenangriff ist vollständig abgewiesen worden. Nordwestlich vom Dnistrow-See steht die serbische Infanterie ihren Fußübergang fort, während die Artillerie die bulgarischen Stellungen auf dem rechten Ufer kräftig bearbeitet. Auf unserem linken Flügel haben französische und russische Truppen erheblichen bulgarischen Streitkräften an der Front Rosna-Florina eine Schlacht geliefert; nach erbittertem Kampfe, der den ganzen 17. September über und die folgende Nacht hindurch gedauert hat, haben unsere Truppen trotz verzweifelter Widerstandes der Bulgaren, die ihre Gegenangriffe und ihre Kavallerieangriffe immer wiederholten, einen glänzenden Sieg davongetragen. Die Stadt Florina ist um 10 Uhr vormittags von den Franzosen erklammert worden und vollständig in unserem Besitz. Der Feind zieht sich in Unordnung auf Monastir zurück.

Die englische Meldung.

Vom 18. September nachmittags. (W. L. B.) Die allgemeine Lage ist un verändert. Deslich von Courcelle haben wir unsere Linien merklich vor. Südlich von Dniepval nahmen wir wieder einen Teil des feindlichen Kavallerieheeres.

Vom 18. September abends. (W. L. B.) Südlich der Ence machten wir heute wieder einen wichtigen Fortschritt. Ein stark befestigtes deutsches Werk zwischen dem Walde von Bouleaux und Ghinch, genannt das Bierck, das bisher unseren Ausreitungen Widerstand hatte, fiel in unsere Hände, was zur Folge hatte, daß wir unsere Linie auf einer Front von einer Meile tausend Yards vordröben. In diesem sehr gelungenen Kampfe erbeuteten wir sieben Maschinengewehre und machten zahlreiche Gefangene. Ein feindlicher Gegenangriff nördlich von Piero wurde mit Verlusten abgelenkt und wir machten Fortschritte. Feindliche Truppen, die sich zu einem Gegenangriff in Lebocoufs und Morbal konzentrierten, kamen ins Artilleriefeuer und wurden zerstreut. Die folgenden Kanonen wurden noch seit dem 18. September erbeutet: 5 schwere Haubizen, 2 Feldgeschütze, 8 schwere und 3 leichte Kanonenmörser; ferner eine Anzahl Maschinengewehre. Mehr deutsche Offiziere und 500 Mann wurden während der letzten 24 Stunden gefangen genommen. Gestern berichtete beträchtliche Tätigkeit in der Luft. Mehrere feindliche Maschinen wurden niedergezwungen, vier unserer Maschinen werden vernichtet.

Der russische Kriegsbericht.

Vom 18. September nachmittags. (W. L. B.) Westfront: Es ist nichts Wichtiges zu melden. Kaukasusfront: Versuche der Türken, die Offensibe in der Gegend des Dorfes Adisa aufzunehmen, wurden durch unser Feuer vereitelt.

Meldung der italienischen Seeresleitung.

Vom 18. September. (W. L. B.) Der Gegner versuchte verschiedene Kampfhandlungen an mehreren Stellen der Front, die überall durch eine heftige und langandauernde Beschichtung unterstützt wurden, so auf dem Monte Selaggio (Posinotal) am Abend des 16., auf dem Mrazli und dem Vobli (Monte Nero), zwischen Dueso (?) und Tolmein, im Abschnitt von Plava (mittlerer Isonzo) und gegen die Stadt Görz gestern. Unsere Artillerie antwortete überall erfolgreich und beschloß gleichzeitig den Bahnhöfen von Tolbach, wo sie Truppen zerstreute, und die Eisenbahn im oberen Isonotal. Auf dem Karst richtete der Gegner gestern gegen die neuen und eroberten Stellungen heftige Angriffe, die eingeleitet und unterstützt wurden von einer äußerst heftigen Beschichtung. Er wurde jedesmal mit sehr schweren Verlusten zurückgeschlagen und ließ ungefähr dreihundert Gefangene in unseren Händen. Man meldet feindliche Luftangriffe auf die Hochedene von Schlegan, auf Caoria (Vanoi, Usman) und auf das Oiois- und Cordovole-Tal. Ein Geschwader erneuerte in der letzten Nacht die Beschichtung von Vobli. Es sind wieder Menschenleben zu beklagen, noch wurde traend ein Schaden angerichtet. Zwei unserer Flugzeuge warfen Bomben auf Mattarello und zwangen ein feindliches Wasserflugzeug bei Trenta zu landen. Ein anderes Geschwader von 12 Caproniflugzeugen, das von einem Neupostflugzeug begleitet war, beschloß die Bahnhöfe von d'Otteglione und Soppo auf dem Karst und traf dabei Eisenbahnanlagen, benachbarte Magazine, im Bahnhof angehaltenezüge und den Wasser-turm. Es entging dem Feind der zahlreichen Abwehrpatronen und jagte Flugzeuge und Wasserflugzeuge des Feindes, die zu seiner Verfolgung aufgestiegen waren, auseinander. Alle unsere Flugzeuge sind an ihre Ausgangspunkte zurückgekehrt. Cadorna.

Rumänischer Bericht.

Vom 18. September. (W. L. B.) An der Nord- und Nordwestfront leichte Gefechte. Wir haben südlich von Sibia (Hermannstadt) 2 Maschinengewehre erbeutet und 40 Gefangene gemacht. Im Streintale heftige Kämpfe. Südfront: Auf der Donau haben wir durch Kanonenschüsse Vorposten mit feindlichen Soldaten vernichtet. In der Dobrudschka Artilleriekampf. Südlich von Cabadinu brachte eine russische Mörserbatterie feindliche schwere Artillerie zum Schweigen. Luftkrieg: Ein feindliches Flugzeug hat die Stadt Turn Seberin mit Bomben belegt.

Kämpfe in Deutsch-Ostafrika.

London, 19. September. (W. L. B.) In einer amtlichen telegraphischen Meldung vom 16. September über den Schluß der Operationen, durch die der Feind aus den Mlaguru-Hügeln vertrieben wurde, berichtet General Smuts: Am 15. September bewerkstelligten unsere Streitkräfte, die seit dem 28. August durch das zentrale Berggebiet sowie östlich und westlich davon kämpfend vorgezogen waren, nahe bei Kiffaki am Südrande der Hügel ihre Vereinigung. Von den Resten der feindlichen Truppen, die sich nachts nach Südosten zurückgezogen hatten, waren 65 deutsche Europäer zurückgeblieben, von denen 84 krank lagen in einem Lagerort, das mit dem gesamten Personal und mehreren Büren, die als politische Gefangene festgehalten worden waren, zurückgelassen wurde. Die Bewegungen unserer Abteilungen in und an den Bergen sind unter sehr schwierigen Verhältnissen, wie Netherbrücken zahlreicher Ströme und Sprengung von Fahrwegen in den Tälern, vor sich gegangen. Alles war unternommen worden, während unsere Hauptmacht von einer sehr langen Verbindungs- und Versorgungsline, die nach der Wambaraeisenbahn und nach Kanga zurückführte, abhängig war. Westlich von den Mlagurabhügeln nähern sich General van Deventers Abteilungen dem Großen Ruachfluß auf dem Wege nach Wabenge, wobei sie starke feindliche Abteilungen nach Süden vor sich her treiben. Lindi und Melindani, die letzten noch abirgen Häfen, sind von See- und Luftstreitkräften und afrikanischen Truppen besetzt worden. Die unbedeutenden deutschen Streitkräfte haben sich in das Inland zurückgezogen.

Abermals deutsche Seeflugzeuge gegen englische Kriegsschiffe.

Berlin, 19. September. (W. L. B.) Amtlich. Am 18. September griffen unsere Flugzeuge wiederum vor der holländischen Küste stehende feindliche Seestreitkräfte in Stärke von 2 Monitoren, 16 Torpedobootzerstörern und einem Flugzeugmuttertschiff mit gutem Erfolg an. Auf dem Flugzeugmuttertschiff wurde einwandsfrei ein Treffer beobachtet. Wiederum wurde eines zur Abwehr unserer Flugzeuge erschienenen feindlichen Luftgeschwaders zur Landung auf holländischem Gebiet gezwungen.

Holland für die Verteidigung seiner Neutralität.

Haag, 19. September. (W. L. B.) Bei der heutigen Eröffnung der Generalstaaten hielt die Königin folgende Thronrede: Zum dritten Male seit dem Beginn des unglückseligen Krieges, der

Europa verheert, stehe ich in Ihrer Mitte, erfüllt von Sorgen für die höchsten Interessen unseres Vaterlandes. Die Königin stellte dankbar fest, daß die jetzt der Friebe dem niederländischen Volke erhalten werden konnte, und daß die Beziehungen der Niederlande zu allen Mächten glücklicherweise einen freundschaftlichen Charakter bewahrt haben. Sie fuhr fort: Ich werde auch in Zukunft die Pflichten, die einer neutralen Nation durch das Völkerrrecht auferlegt sind, beobachten, aber ich bin fest entschlossen, unsere Unabhängigkeit zu verteidigen und nach unseren Kräften unsere Rechte gegen jedermann zu wahren. Um diese Aufgabe zu erfüllen, stüge ich mich außer auf unser gutes Recht und auf die Eintracht der Nation auf unsere Streitkräfte zur See und zu Lande, die in durchaus lobenswerter Weise fortfahren, die ihnen auferlegte Würde zu tragen. Der Ertrag der unter den Fahnen stehenden Truppen durch neu ausgebildete Soldaten und die beträchtliche Ausdehnung unserer bewaffneten Kräfte dauern regelmäßig fort. Die Vorräte an Waffen, Munition und anderem Material werden trotz der zu überwältigenden Schwierigkeiten stets vergrößert.

Die Mittel, um die Lasten der Mobilisierung zu erleichtern und dabei doch unsere Wehrkraft zu erhalten, werden von mir immer aufs neue erwogen. Das wirtschaftliche Leben unseres Landes wird immer mehr von den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen beeinflusst. Die Lage der Landwirtschaft und der Gartenwirtschaft im allgemeinen ist noch nicht ungünstig, indessen wachsen die Schwierigkeiten, auf welche die Zubereitung dieser für die Volkswirtschaft besonders unter den gegenwärtigen Umständen so wichtigen Erwerbszweige stößt, von Tag zu Tag.

Es ist in gewissen Einzelheiten bereits ein hommender Einfluß auf die Produktion bemerkbar. Auch auf dem Gebiet des Handels und der Industrie trachten die Regierung und die Privatinteressenten, die unglücklichen Folgen der Schwierigkeiten abzumildern, welche die im Auslande im Zusammenhang mit dem Kriegszustande ergriffenen Maßnahmen für unsere Einfuhr aus dem Auslande und für unseren Ausfuhrhandel mit sich bringen. Die Thronrede hebt sodann hervor, daß die Regierung gezwungen war, im Interesse der Volksernährung immer mehr Maßregeln zu ergreifen, Einschränkungen der Ausfuhr und ein Eingreifen in das innere Wirtschaftsleben sind notwendig gewesen.

Der Schiffsverkehr in den niederländischen Häfen ist gering geblieben. Die Maßnahmen, die zur Aufrechterhaltung der Neutralität und zur Wahrung der unglücklichen Folgen der Krise für die Armen nötig sind, stellen noch immer große Ansprüche an die Staatskasse. Auch in Indien macht sich die Beginderung des überseeischen Verkehrs, die der Krieg verursacht hat, sehr unangenehm fühlbar; indessen sind die Resultate des Handels und der Schifffahrt in den Kolonien befriedigend. Die Regierung wird sich möglichst zur Stärkung der Militärmacht in Indien tun, und soweit dies die außergewöhnlich schwierigen Verhältnisse gestatten, mit dem Ausbau der Flotte und für eine kräftige Verteidigung zur See notwendigen Vorbereitungen fortfahren. Wichtige Gesetzesvorlagen werden den Generalstaaten unterbreitet werden.

Die Königin schloß: Ich erkläre mit dem Gebete, daß Gott uns auch in dieser sorgenvollen Zeit beistehen möge, die Sitzung der Generalstaaten für eröffnet.

Die Ministerzusammenkunft der drei nordischen Mächte.

Kopenhagen, 19. September. (W. L. B.) In einem Artikel zur Ministerkonferenz in Kristiania macht „Berlingske Tidende“ zunächst darauf aufmerksam, daß ein bestimmtes Arbeitsprogramm für die Konferenz nicht vorliegt. Von endgültigen Beschlüssen und eingehenden Erörterungen könne schon mit Rücksicht auf die zur Verfügung stehende kurze Zeit nicht die Rede sein. Das Blatt schreibt ferner: Selbst wenn man die Fragen, die in den kommenden Tagen im Staatsratsaal des Schlosses in Kristiania erörtert werden, nur erraten kann, wird man nicht irren, wenn man annimmt, daß für sämtliche drei Länder die zugleich wichtigste Frage der Arbeit für eine sorgfältige Aufrechterhaltung ihrer Neutralität eine hervorragende Rolle spielen wird. Für alle drei Länder hat nämlich eine Reihe von Umständen diese Hauptfrage stark in den Vordergrund gerückt. Demgegenüber wird es wohl-tuend wirken, daß die verantwortlichen Staatsmänner der drei Länder von neuem gemeinsam den einstimmigen festen Willen der drei Völker verkünden, sich vollkommen neutral verhalten zu wollen. Das Blatt begrüßt schließlich die Verhandlungen als wichtiges für die Zukunft der Länder glückbringendes Ereignis.

Eine englisch-italienische Auseinandersetzung über die Kriegsziele.

Die Diskussion der Friedensziele in der italienischen Presse nimmt ihren Fortgang.

Nach der Debatte Labriola-Tredes, die sich noch weiter fortspinn, bringt jetzt der „Avanti“ (vom 4. September) einen Aufsatz des Genossen Cicotti, der die Frage nach von einer anderen Seite beleuchtet, indem er sich mit den verschiedenen Arten des aggressiven Nationalismus auseinandersetzt. Der bekannte englische Militärschriftsteller, Oberst Reppington hatte jüngst in einem Artikel der „Times“ eine Formulierung der künftigen Friedensgrundlagen versucht, die Cicotti als brauchbarer Ausgangspunkt für eine Verhandlung der streitenden Parteien erachtet. Reppington vertritt die Anschauung, daß selbst wenn Oesterreich und die Türkei bald so geschwächt sein sollten, daß sie als wertvolle Faktoren der weiteren Kriegsführung ausfallen, dies doch keineswegs auch für Deutschland gelten würde, unter dessen Führung die Mittelmächte den Widerstand noch sehr lange fortsetzen könnten. Hindenburgs strategische Pläne seien noch nicht enthüllt. Daher sei jeder vorschnelle Optimismus verfehlt. Vielleicht verzichte Deutschland eines Tages auf seine pangermanistischen Pläne. Dann wäre vielleicht die Zeit für den Frieden gekommen.

Was Cicotti an diesen Ausführungen besonders beachtenswert erscheint, ist dies, daß Reppington damit zweierlei zugeseht: erstlich, daß die Intervention Rumäniens noch keineswegs den Krieg entscheidet, und zweitens, daß er einen Frieden für annehmbar hält, dessen Ergebnis lediglich der Verzicht Deutschlands auf seine imperialistischen Ideale bedeute. Einem solchen Frieden könnten auch die Sozialisten zustimmen. Diese leugneten nur, daß der Sieg der Gegner Deutschlands Garantien für die Beseitigung der Gefahr darbiete, die Europa von dem Alldeutschen drohe. Es gebe keine Beziehung und keinen Zusammenhang zwischen dem politischen Fortschritt, den politischen Sitten und den kriegerischen Ereignissen. Immerhin biete der Standpunkt Reppingtons eine Basis für die weitere Diskussion dar. Die Ueberwindung des Alldeutstums würde eine einseitige Hegemonie einer einzelnen Nation in Europa verhalten. Andererseits würde dieses Ziel, als Inbegriff der Kriegsaufgaben, auch alle anderen, weit darüber hinausgehenden Forderungen der Entente ausschließen, die die Sozialisten ebenso energig ablehnten, wie einen Triumph des Alldeutstums.

Dieser Standpunkt habe nichts mit Deutschfreundlichkeit oder Deutschfeindschaft zu tun. Die Freiheit und Selbständigkeit des deutschen Volkes dürfe jedenfalls nicht angetastet werden. Dieses Recht auf Freiheit müsse jeder wahrhaftige Sozialdemokrat für alle Nationen fordern: für Deutschland wie für alle anderen großen und kleinen Völker. Damit aber solle natürlich auch jeder Gedanke an eine internationale Kontrolle über das deutsche Volk und seine Ausschließung aus der Gemeinschaft der anderen zivilisierten Nationen hin. Eine solche bedingte theoretische Uebereinstimmung mit dem Oberst Reppington bedeute aber keineswegs auch ein Zulammengehen in den praktischen Fragen. Denn wenn sich auch die leitenden Staatsmänner mit der Abweisung der alldeutschen Pläne begnügen sollten, so hieße das nicht, daß sie auch ihr eigenes imperialistisches Programm fallen lassen wollten. Daher dürfe ein gerechter Friede nicht nur ein Verzicht auf eine Vernichtung Deutschlands bedeuten, sondern müsse auch die Forderung der Respektierung aller nationalen Individualitäten und des Rechts aller Völker, selbst, durch Kundgebung ihres Willens, über ihre Geschicke zu bestimmen, enthalten. Sold' ein Zustand könne aber nicht das Werk von Diplomaten sein. Ohne eine energische gleichzeitige Mitarbeit der sozialistischen Internationalen Europas werde ein von einer einzelnen Gruppe diktiert Friede alles andere als einen gerechten, dauernden Zustand und ein Ende des Krieges darstellen.

Die Unruhen in Niederländisch-Indien.

Haag, 19. September. (W. L. B.) Amtlicher Bericht aus Niederländisch-Indien. Bei einem Angriff von ungefähr 1500 Aufständischen auf Banglo, der abgelenkt wurde, wurden 40 Rebellen getötet. In Korinji herrscht Ruhe. Das Kolonialdepartement glaubt, daß das oben gemeldete Geschehen vor einigen Tagen stattgefunden hat, und daß die Nachricht deshalb erst jetzt eingetroffen ist, weil die Verbindung zwischen Banglo und Sarolangön gestört war.

Amtlicher Bericht aus Djambi. Oberst Kröfen ist am 16. d. M. in Djambi eingetroffen, wo alles ruhig war. Eine Kompanie marschierte nach Nöara Tambesi, um die Telephonleitungen wieder herzustellen. Major von der Linde ist in Sarolangön (Djambi) angekommen. In dem Unterdistrikt Rawos (Palembang) beginnt die Bevölkerung nach Sarolangön zurück-zufehren.

Die australischen Arbeiter gegen Hughes.

Rotterdam, 19. September. (W. L. B.) „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London, daß der politische Arbeiterverband von Neu-Süd-wales beschloffen hat, den Premierminister Hughes wegen seiner Politik in der Frage der Dienstpflicht auszuschießen.

Kleine Kriegsnachrichten.

Amsterdam, 19. September. (W. L. B.) Der „Telegraaf“ meldet aus Hoel van Holland, daß ein holländischer Unterraun durch einen französischen Kreuzer, der den niederländischen Dampfer „Koningin der Niederlanden“ unterluchte, herabgeholt wurde und ohne Anpöbe von Grönden verhaftet worden ist. Die Familie des Betroffenen hat das Ministerium des Meeres davon in Kenntnis gesetzt.

Bern, 19. September. (W. L. B.) „Petit Valetien“ zufolge ist in Paris bei einem Probestuge mit einem neuen Modell einer der ältesten französischen Flieger namens Simon abgestürzt.

Letzte Nachrichten.

Vericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 19. September. (W. L. B.) Bericht des Hauptquartiers vom 18. September. An der Hellahiefront beschossen wir wirkungsvoll feindliche Lager. An der persischen Front wurden die heftigen Angriffe, die der Feind am 15. September während des ganzen Tages gegen unsere im Engpasse von Babareis aufgestellten Truppen ausführte, mit schweren Verlusten für den Feind zurückgeschlagen. Am linken Flügel wurde ein feindlicher Ueberfallsversuch abgewiesen.

An der Kaukasusfront verhinderten wir auf dem linken Flügel Kampfhandlungen feindlicher Erkundungsabteilungen. Der Feind warf auf Jotzkhalik, einem offenen Ort, in dem sich keine Soldaten befanden, Bomben ab und verursachte den Tod eines Kindes sowie die Verwundung von zwei weiteren Kindern.

Ein feindliches Flugzeug, das von Ambros kommend, über Sedd ul Bahr erschien, wurde von unserem Artilleriefeuer wieder nach der genannten Insel getrieben.

Unsere Truppen in Galizien haben heftige Angriffe des Feindes abgewiesen, die dieser mit vielemal stärkeren Kräften gegen sie unternahm und ohne Unterbrechung vom Morgen des 16. September bis zum Abend des 17. fortsetzte. Sie haben ihre Stellungen vollkommen behauptet. Im Laufe dieses 48stündigen Kampfes haben unsere Truppen über 600 russische Gefangene gemacht, darunter zwei Offiziere. Von den anderen Fronten keine wichtige Nachricht.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 19. September. (W. L. B.) Bericht des Hauptquartiers.

Mazedonische Front: Die lebhaften Kämpfe in der Umgegend von Verin (Florina) dauern an. Alle Anstrengungen des Feindes, sich der Höhe Raimaktschalan zu bemächtigen, scheiterten infolge unserer heftigen Gegenangriffe. Im Moglenitale und auf beiden Ufern des Bardar schwache Artillerietätigkeit. Am Fuße der Belasica Planina vertrieben unsere Patrouillen den Feind und bemächtigten sich der Dörfer Schugovo, Mainisa, Gorniporoj und Dolni Poroj, wo sie viel Kriegsmaterial fanden. In Gorni Poroj liegen die Italiener außerdem 200 Gewehre zurück. Längs der Struma und der Küste des Megäischen Meeres ist nichts zu melden.

Rumänische Front: Längs der Donau Ruhe. Die auf der Linie der Dörfer Moralin, Monul, Arabadschi, Korfardscha, Cobadinu und Rusla gemeldete große Schlacht entwickelt sich zu unseren Gunsten. An der Küste des Schwarzen Meeres Ruhe.

Eine Kundgebung des griechischen Kabinetts.

London, 19. September. (W. L. B.) Die „Times“ erfährt aus Athen vom 17.: Der Minister des Meeres hat folgende Mitteilung veröffentlicht: Die gestern durch den Ministerpräsidenten abgegebene Erklärung, daß das Kabinet kein reines Geschäftsministerium sei, sondern auch einen politischen Charakter habe, ist so aufzufassen, daß das Kabinet, welches aus Parlamentsmitgliedern besteht, dem Lande gegenüber die volle Verantwortlichkeit für seine Taten auf sich nimmt, und daß es die Note der Entente vom Juni in demselben Geiste annimmt, in dem sie von dem damaligen Ministerpräsidenten gebilligt worden ist.

Gewerkschaftliches.

Die „Riesenlohnsteigerungen“.

Weil in einigen Kriegsindustrien für einen Kreis von Spezialarbeitern, nicht etwa für die gesamte Arbeiterkraft, die Löhne ziemlich stark gestiegen sind, wird von interessierter Seite geflüstert die für verbreitet, die Einkommen der gewerblichen Arbeiter seien allgemein bedeutend größer geworden. In allen Begründungen nach höheren Preisen spielen die nicht nachgewiesenen, sondern einfach als unlegbare Tatsache unterstellten riesenhaften Lohnsteigerungen eine gewichtige Rolle. Hat doch auch der Herr von Januschau seinen Sturm auf zum Kampf für noch höhere Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse wieder mit der Behauptung von der „großen Steigerung der Löhne“ als antreibender Spur ausgestattet. Mit nicht zu verkennender Absicht wird solches Material in allen landwirtschaftlichen Blättern, in den kändlichen Generalanzeigern usw. weidlich ausgenutzt. Auf dem Lande hat man daher eine phantastische Vorstellung von hohen Löhnen und riesenhaften Lohnsteigerungen der gewerblichen Arbeiter. Das reizt natürlich die eigene Begehrlichkeit, und die Forderung nach weiteren Preissteigerungen reißt nicht ab. In Wirklichkeit bleiben die Lohnsteigerungen im allgemeinen weit hinter der Verteuerung der Lebenshaltung und sehr weit hinter den künstlich erweckten Vorstellungen „von der großen Steigerung der Löhne“ zurück. Zum Beweis dafür bringen wir die nachstehende Uebersicht. Sie erfasst die Arbeiter einer der wichtigsten Industrien, des Bergbaus in Preußen, mit zurzeit fast 600 000 Beschäftigten. Die Bergarbeiter genießen den Ruhm, zu den bestbezahltesten Arbeitern zu gehören. Sodann ist noch zu beachten, daß sich die folgenden Zahlen auf amtliche Angaben stützen. Im II. Vierteljahr 1916 haben die Bergarbeiter nach den amtlichen Ausweisen den höchsten je erreichten Durchschnittstagesverdienst erzielt. Auch das dürfte die Leute, die leichtfertig oder in verwerflicher Absicht stets von den großen Lohnsteigerungen schwätzen, gefälligst berücksichtigen. Wir stellen also die höchsten Löhne aus dem II. Vierteljahr 1916 mit den Jahresdurchschnittslöhnen aus dem Jahre 1913 in Vergleich. Es betrug der Tagelohn auf eine verfahrere Schicht:

	1913	2. Viertel 1916	Steigerung in Prozent
Steinkohlenbergbau:			
Bezirk Oberschlesien	3,68	4,44	22
Niederschlesien	3,48	4,04	18
Oberbergamtsbezirk Dortmund	5,36	6,28	17
Bezirk Saarbrücken (Staatswerke)	4,45	4,98	12
Aachen	4,89	5,40	11
unter Niederrhein	5,60	6,52	17
Braunkohlenbergbau:			
Oberbergamtsbezirk Halle	3,77	4,28	14
Bezirk inderheimischer	4,24	5,06	20
Salzbergbau:			
Oberbergamtsbezirk Halle	4,21	4,67	11
Clausthal	4,86	4,67	7

Bei der Berechnung der Verhältniszahl haben wir stets nach oben abgerundet. Würde man den Durchschnitt für die Zeit von August 1915 bis Juli 1916 in Vergleich bringen zu dem Durchschnittslohn von 1913, dann kämen im Durchschnitt noch keine 10 Prozent Lohnsteigerung heraus. Und das bei einer Verteuerung der Lebenshaltung um mindestens das Fünffache, trotz erheblicher Verschlechterung der Ernährung.

Auch noch einige andere einwandfreie Angaben über die Lohnverhältnisse in anderen Industrien mögen hier folgen: Nach den Rechnungsergebnissen der Papiermachereigenossenschaft betrug der Jahresdurchschnittslohn für einen Vollarbeiter:

im Jahre 1913	1004 M.
1915	944

Wie weiter die Ausweise der Bekleidungsindustrie-Versegenossenschaft ergeben, ist für die in den zugehörigen Betrieben beschäftigten Personen der durchschnittliche Jahreslohn von 922 M. im Jahre 1913 auf 879 Mark im Jahre 1915 zurückgegangen.

So sieht's mit den Lohnsteigerungen in der Beleuchtung amtlicher Radwege aus.

Aber die Preistreiber schreien über riesenhafte Lohnsteigerungen. Ihre selbstsüchtigen Pläne erlauben es natürlich nicht, die tatsächlichen Verhältnisse zu schildern und den Verteuern der Lebensmittel ein Halt! entgegen zu rufen.

Berlin und Umgegend.

Die Küchenmehlbrenner nahmen am Montag Stellung zu der Feuerungszulage. Wie an dieser Stelle bereits mitgeteilt worden ist, hat die Generalversammlung der Holzarbeiter beschlossen, sich nicht auf das Angebot der Unternehmer, 15-20 Proz. Feuerungszulage gewähren zu lassen, einzulassen, sondern in allen Werkstätten einen einheitlichen Satz von 25 Proz., rückwirkend vom 1. September d. J. zu fordern. Dieser Zusatz soll nach dem Durchschnittsverdienst eines jeden Betriebes, der im Jahre 1914 herausgekommen ist, berechnet werden.

Es wurde mitgeteilt, daß einzelne Unternehmer bereits an dem Zusatzlohn vorbeizukommen suchen, indem sie sagen, wenn dieser und jener mehr bezahle, so gäbe er auch mehr. So gebe das nicht.

Jeder Unternehmer habe die 25 Proz. zu entrichten, daran sei nicht mehr zu rütteln.

Wie z. B. vom Verband der Maler und Lackierer erklärte, daß seine Kollegen aus der Küchenmehlbrenner sich diesem Beschluß anschließen und mit den Tischlern die Zulage einheitlich durchzuführen werden.

Die Verammlung stimmte dem Vorschlag zu, in allen Betrieben am kommenden Sonnabend die 25 Proz. Zulage zu fordern. Vorher sollen noch gemeinsame Wertstufenfestsetzungen mit den Malern stattfinden.

Deutsches Reich.

Gegen das Koalitionsrecht.

Die Gutehoffnungshütte in Oberhausen (Rheinland) hält es für nötig, jedem Stellenbewerber einen Fragebogen vorzulegen, der neben anderen überflüssigen Fragen auch die Beantwortung verlangt, ob der Bewerber dem Bund der technisch-industrieller Beamten oder dem Deutschen Technikerverbande angehört. Die beiden genannten Verbände haben sich, da die Direktion ihre Vorstellungen unbeantwortet ließ, an das zuständige Generalkommando gewandt, um die Firma zur Wahrung des Koalitionsrechts zu veranlassen.

Noch ungenierter belämpft das Koalitionsrecht ihrer Angestellten die Luftfahrzeug-Gesellschaft m. B. H. in Adlershof bei Berlin. In einem Anstellungsvertrag für einen Ingenieur befindet sich folgender Passus: „Sie verpflichten sich bei einer Strafe von 100 M. (in Worten: Einhundert Mark), für jeden Einzelfall, sich jeder Betätigung für Technikervereinigungen u. dergl. zu enthalten.“ Ganz richtig bemerkt die „Industriebeamtenschaft“ dazu, daß eine derartige Beschränkung keine Rechtfertigung besitzt. Deshalb ist der Versuch aber doch verwerflich und um so bezeichnender, als die Luftfahrzeug-Gesellschaft selbst sich stark organisiert haben und durch Konkurrenzlauf den Angestellten sogar einen Stellenwechsel ohne Zustimmung der Firma unterbinden. Die genannte Firma nimmt also für sich selbst das Koalitionsrecht zur Verfolgung eigensüchtiger Zwecke in Anspruch, verlagert aber dennoch ihren Angestellten jede Betätigung in deren Organisation.

Ausland.

Die Finanzverhältnisse der schweizerischen Gewerkschaften.

Die „Gewerkschaft Rundschau“, das Organ des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, veröffentlicht soeben die Darstellung der Finanzverhältnisse der schweizerischen Gewerkschaften im Jahre 1915. Bei 84 972 Mitgliedern hatten sie Gesamteinnahmen von 1 616 576 Fr. gegen 1 932 075 Fr. in 1914 und 2 238 407 Fr. in 1913. Die Einnahmen sind also im Berichtsjahre erheblich geringer gewesen als in den beiden Vorjahren. Die Haupteinnahmequellen sind 1 221 652 Fr. (1 646 278 Fr. und 1 965 270 Fr.) aus den statutarischen Beiträgen und 167 888 Fr. (140 841 Fr. und 104 407 Fr.) aus freiwilligen Beiträgen, die in der Hauptsache von den Buchdruckern und Lithographen aufgebracht wurden. 48 000 Fr. erhielten die Krankenkassen von fünf Verbänden an Bundes- (Staats-) Beiträgen und einige Verbände erhielten an ihre Arbeitslosenstellen Staatsbeiträge von mehreren Kantonen, der Textilarbeiterverband überdies 20 177 Fr. vom Kanton St. Gallen. Die Gesamtausgaben betragen 1 522 236 Fr. (2 358 880 Fr. und 1 825 281 Fr.), ebenfalls erheblich weniger als in den beiden Vorjahren. Davon wurden allein 942 883 Fr. (58,3 Proz. der Einnahmen) für Unterhaltungs Zwecke ausgegeben. Für Streiks und Unterstützung von Genossenschaften mußten nur 53 631 Fr. ausgegeben werden, wovon allein 33 286 Fr. von den Verbänden anlässlich der Erläuterung des neuen Tarifvertrages. Die Verbandsorgane kosteten 117 097 Fr., Agitation und Bildung erforderten 66 068 Fr., die Beiträge an internationale Verbindungen und Sekretariate machten 26 513 Fr. aus. In den 16 Zentralsekretariaten der Verbände arbeiten 87, in den 24 Lokalsekretariaten 27 Sekretäre und Angestellte, zusammen 67.

Die Bilanz der gesamten schweizerischen Gewerkschaftsbewegung weist für 1915 einen Ueberschuß von 98 340 Fr. auf gegen eine Vermögensabnahme von 451 805 Fr. im Jahre 1914 und ein Gesamtvermögen von 2 630 940 Fr., wovon 780 803 Fr. den Sektionen gehören.

Die bisherige Kriegszeit hat also die Finanzverhältnisse der schweizerischen Gewerkschaften erfreulicherweise nicht zu erschüttern vermocht, sodass sie vertrauensvoll der kommenden Friedenszeit entgegen sehen können.

Aus der Partei.

Adolph v. Elm gestorben.

Wieder hat der Tod eine schmerzliche Lücke in die Reihen der deutschen Sozialdemokratie gerissen — Genosse Adolph v. Elm ist am Montagabend in Hamburg plötzlich einem Herzschlag erlegen. Der so jäh aus dem Leben Geschiedene wäre in wenigen Tagen 59 Jahre alt geworden. Von Beruf Zigarrensortierer, widmete er sich in seiner Vaterstadt Hamburg eifrig der gewerkschaftlichen Organisation und schon 1881 war er Geschäftsführer des Vereins der Zigarrensortierer, eine Stelle, die er bis 1891 bekleidete.

Elm hat seine Tätigkeit natürlich nicht nur auf seinen Beruf beschränkt, er war überall tätig, wo er seine Kraft einzusetzen vermochte. Was unsere mächtvollen Gewerkschaften heute sind, das verdanken sie mit der rastlosen Tätigkeit Elms. Mindestens ebensoviel verdankt ihm die Genossenschaftsbewegung. Die muster-gültige Hamburger „Produktion“ fand in ihm einen eifrigen Förderer. Von 1891 ab leitete er die Fabrikarbeitergenossenschaft, die heute einen Zweig der Großeinlaufgesellschaft deutscher Konsumvereine bildet. Als die „Volkfürsorge“ geschaffen wurde, stand Elm wieder in den vordersten Reihen, und es war kein schlechter Griff, als er zum Leiter dieses Unternehmens berufen wurde, daß er mit geschickter Hand durch alle Fährlichkeiten leitete.

Seine ersaunliche Arbeitskraft ließ ihn aber auch in der poli-

tischen Bewegung sich betätigen. Genosse Rolfenbuhr war im Jahre 1893 im Wahlkreis Pinneberg-Segeberg den Machenschaften der Gegner unterlegen. Die Wahl wurde am 18. April 1894 vom Reichstag kassiert, und da Rolfenbuhr mittlerweile anderweit gewählt worden war, stellten die Parteigenossen Adolph v. Elm auf, der dann in der Stichwahl mit knapper Mehrheit siegte. 1898 und 1903 siegte er mit immer steigender Stimmenzahl bereits im ersten Wahlgang; dagegen unterlag er 1907 dem Pottentottenblock und auch 1912 vermochte er das Mandat nicht wieder zu erringen.

So bekleidete Elm in allen Zweigen der modernen Arbeiterbewegung Ehrenämter, allenthalben getragen vom Vertrauen der Massen. Ein braver Kämpfer, ein guter Mensch ist mit ihm dahingegangen. Die Sozialdemokratie wird sein Andenken stets in Ehren halten.

Ein neues Korrespondenz-Unternehmen.

Wir lesen in der Parteipresse: Die Genossen Heinrich Schulz und Aug. Winnig sind zum Militär eingezogen. Genosse Cunow, der mit ihnen zusammen die S. A. S. („Sozialdemokratische Artikelkorrespondenz“) zur Verteidigung der Vollität der Praktikumsmehrheit herausgab, kann wegen der anderen Arbeiten die Herausgabe der Korrespondenz allein nicht weiterführen. Die bisherige Geschäftsführerin der Korrespondenz, Genossin Käbler, wird sie übernehmen. Sie teilt mit, daß die Genossen Bauer, Bloss, Cunow, Dr. Diederich, Janison, Keil, Lademann, Rolfenbuhr und Scheidemann ihre Mitarbeit zugesagt haben.

Aus den Organisationen.

Im Bezirk Halle (Saale) sind in 7 Wahlkreisen zur Reichskonferenz 7 Delegierte gewählt, die auf dem Boden der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft stehen. Ein Kreis, Delisch-Bitterfeld, hat die Bezeichnung der Reichskonferenz durch Reichstagsbeschluss abgelehnt.

Da dem Solinger Wahlkreisverein sowohl im Stadts- als im Landkreis die Versammlungen zur Stellungnahme zu der Reichskonferenz verboten wurden, nahm der erweiterte Kreisvorstand die Delegiertenwahl vor und wählte einstimmig den Genossen Merkel als Delegierten.

In einer Funktionärsitzung des Kreises Bochum, die die Wahlen zur Reichskonferenz vornahm, erhielten Genosse Hue 8 und Parteisekretär Gen. F. Bindau 11 Stimmen. Damit ist letzterer, der sich besonders scharf gegen die Budgetbewilligung im vergangenen Frühjahr ausgesprochen hat, gewählt. — Im Wahlkreis Niederrhein wurde der Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes Genosse Krahn gewählt.

Aus Industrie und Handel.

Riesenbedarf auf dem Eisenmarkt.

Die Gesamtlage des Eisenmarktes und der Schwerindustrie kann, wie der „Frankf. Ztg.“ aus Mannheim berichtet wird, nach wie vor als anhaltend sehr günstig bezeichnet werden. Die Aussichten für die nahe und fernere Zukunft trüben dieses Bild in keiner Weise. In allen Zweigen liegt riesiger, sehr eiliger Bedarf vor und es hat fast den Anschein, daß täglich neu einlaufende Abrufe die Werke schier erdrücken. Dabei ist der Versand nach dem neutralen Ausland durchweg gesperrt und wird wohl für längere Zeit gesperrt bleiben. In erster Linie soll und muß der Inlandsbedarf gedeckt werden, der enorme Dimensionen angenommen hat. In der Hauptsache ist natürlich direkter und indirekter Heeresbedarf zu befriedigen. Neuerdings ist ein außerordentlich großer Bedarf der Heeresverwaltung hervorgetreten; über dessen Unterbringung ist die Eisenindustrie in der letzten Zeit wiederholt zu besonderen Beratungen zusammengetreten und hat auf Grund der Vorstellungen des Kriegsministeriums es einmütig als erste Pflicht jeden Werkes bezeichnet, dem Verlangen der Heeresverwaltung nachzukommen. Darunter leidet selbstverständlich die Privatindustrie und muß zurücktreten. Wie weit weitere Einschränkungen für Lieferungen im Handel und Konsum eintreten müssen, wird die Folge zeigen. Jedenfalls ist die Beschäftigung für die Heeresverwaltung für die Werke sehr lohnend, da in erster Linie Qualitätsmaterial zu guten Preisen in Betracht kommt.

Auch ein Kriegsgewinn!

Die Inn-Alt.-Gef., deren Aktienkapital sich im Besitz der Schloßbrauerei Schöneberg A. L. G. befindet, erzielte im Geschäftsjahr 1915/16 Restationserlöse von 720 498 M. (619 516 M.) und verteilt aus einem Ueberschuß von 86 569 M. (74 767) eine Dividende von 38 Proz. Da die Gesellschaft, die in der Hauptsache das Restaurant „Zum Prälaten“ in den Stadtbahnhöfen am Bahnhof Alexanderplatz betreibt, mit einem sehr niedrigen Aktienkapital von 177 000 M. arbeitet, so würde es, da sie schon immer hohe Dividenden zwischen 30 und 40 Proz. ausgeschüttet hat, nicht weiter überflüssig, daß sie diesmal 38 gegen 32 Proz. im Vorjahre verteilt. In ihrem Geschäftsbericht heißt es jedoch:

Die Einnahmen waren trotz eines gegen das Vorjahr geringeren Verkehrs auf fast allen Konten größer, da wir entsprechend den höheren Einkaufspreisen höhere Verkaufspreise aufstellen mußten, doch blieben die Gewinne in unserem Hauptgeschäft, dem „Prälaten“, und in unseren Stehbirnen gegen das Vorjahr zurück, da wir mit Rücksicht auf unsere Gäste die Speisen und Bierpreise nicht zu hoch berechnen wollten. Wenn unsere Gewinnrechnung dennoch gegen das Vorjahr einen größeren Gewinn aufweist, so verdanken wir dies dem Ueberschuß, den uns die Verpflegung von Militärmannschaften erbrachte.

Akoholische Getränke Franz Abraham Bank, Moskau- u. Adormort-Koll. C. 35, Berlin, 14, Fernsp. Kgst. 12705	Erscheint 2 mal wöchentlich. Butter, Eier, Käse Wilhelm Göbel 25 eigene Filialen. August Holz 15 Detail-Geschäfte. Herm. Kanert, Culmetr. 29	Bezugsquellen-Verzeichnis. Bierbrauerei, Molkereibetriebe Brauerei Bötzow empfiehlt Qualitätsbiere Osw. Berliner Ur-Berliner, hell und dunkel	Cacao, Schokolade, Confitüren SAROTTI Kakao und Schokolade preiswert beliebt in jedem Haushalt. Eisen, Stahl, Waffen, Werkz. Carl Jung, Stromstr. 31. Röhmann, P. Müllerstr. 60b, E. Seest Fleisch- u. Wurstw.	Kolonialwaren Fritz Kühner, Schönehauserstr. 11. Kaffee-Rösterei A. Zuntz sel. Wwe. Filialen und Niederlagen in allen Stadtteilen Nur reelle Qualitäten Anerkannt vertriebsfähige Spezialitäten Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade etc. Hamburger Kaffee-Importgeschäft Emil Tengelmann Mohlhändlerungen Bethke, Georg. Köhlerstr. 13, Kaiser-Friedr. Str. 61, Wasserstr. 183, Friedrichstr. 11 Treppe, Grätz-Str. 44.	Uatenstehende Geschäfte empfehlen sich h. Einkauf. Molkereien „Schweizerhof“ Meierei und Molkereianstalt. Endener Str. 46 u. Tel. II 259. Milchmaschinen Bellmann, E. Gollnowstr. 26 Nähmaschinen	Meierei C. Bolle A.-G. Berlin N.W. 21 Alt Moabit 11 u. 9813 Ältester und größter Milchwirtschaftlicher — Großbetrieb —
Bier-Angebot Central-Bad Anzengruberstr. 25. Diana-Bad sämtliche Bäder. National-Bad Brunnenstr. 1. Passage-Bad Kottbuser-Damm 79. Reform-Bad Wiener Str. 68. Bäcker- u. Konditoreien Er. Friedrich, Eisenbahnstr. 21.	Gebäude Manns 45 eigene Detailgeschäfte Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte	C. Habels Brauerei hell — Habelbräu — dunkel. Münchener Brauhaus Berlin und Oranienburg Trümbel Wonniger Bier! Waisbier, C. Breitmann Falckenstr. 27 Tel. Egn. 2581, 2682 Brogen und Farben Werder-Drogerie, Britz, Köpenicker Str. 52 Eisfabriken Timmer-Essig überall erhältlich!	W. Beck Inh.: Herm. Gerbach Charlottenburg, Berlinstr. 68-69 Fleisch- und Wurstwarenfabrik Willy Gerlach , Petersburgerstr. 31 Otto Koegel , Alte Jacobstr. 26. Leubke, Joh. Fleisch u. Wurstfabr. W. Beck Hütten, Metzger, Fleischwaren Seebodenstr. 27 Tel. Egn. 2581, 2682 Vester, E. Kottbuser-Damm 12/13 Korren- u. Knobengard J. Baer Rosenthalstr. 2. Eckhaus Lindenstr. Leske & Stupecki, Schick-Allee 7	Photogr. Apparate M. Albracht 20. Köpenickerstr. 2. auch Gelegenheitskaf. Photo-Janson , Hauptstr. 23.	Singer Nähmaschinen Läden in allen Stadtteilen. Optiker, Mechaniker Groß, Paul, Warschauerstr. 68. Schubert, Carl, Nikola-Berstr. 148 Wolke, Löhner, Fruchtsäfte Hugo Boling 60 Filialen in allen Stadtteilen. Norm. Meyer & Co., Ges. ca. 550 Verkaufsstellen. Gr.-Berl.	Schreibwaren O. Prochnow, Köpenickerstr. 49 Uhren u. Goldwaren Lehmann, Ab., Frankf. Allee 49 Versicherungen „Deutschland“ Berlin Arbeiterversicherung — Schützen- Sterbekassenversicherung, Straße 1. Wasserversicherung O. Köhler, Westl. Köpenickerstr. 11 Original-Schultheiß-Ausschank Alexanderpl., Rich. Schloßhofs. Mahlerstr. Frau A. Pagel, Kolonnenstr. 10 Marien-Str. H. Wagner, Köpenickerstr. 11, Köpenicker- Str. 11 Spandau Schulerstr. 11, Köpenickerstr. 11
Oskar Hanke's Brotbäckerei 75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins sowie in Neukölln u. Treptow gegründet 1892. F. Klosewitzer, Schillerallee 14. G. Meier, Grünerweg 27. Fr. Prbyl, Omasbrückenstr. 26. Turban Pflöden in allen Stadtteilen. Emil Werk, Samariterstr. 5. Otto Wolff, Treptow, Köpenicker- Str. 15 Zachar, Gr.-Lichterf., Chausseestr. 155a Paul Zastrow, Stromstr. 33. Handagen, Gummiw. R. Banke, Stralauer Str. 55. E. Kraus, Köpenickerstr. 66. A. E. Lange, Brunnenstr. 164	Uhly & Wolfram JUHL 250 GESCHÄFTE J. Neumann 200 Niederlagen	Verantw. Redakt.: Alfred Schönb. Verlag: Bornemanns Buchdr. Druck: Bornemanns Buchdr. Verlagsamt: Carl Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage u. Anzeigenteil.				

Chronik des Weltkrieges.

20. September 1914.

Westlicher Kriegsschauplatz: Im Angriff gegen das französisch-englische Heer sind an einzelnen Stellen Fortschritte gemacht.

In den mittleren Bezirken sind Angriffe französischer Truppen am Donan bei Senones und bei Soles abgewiesen.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz keine besonderen Ereignisse.

20. September 1915.

Westlicher Kriegsschauplatz: Englische Schiffe machten auf Ostende und Mittelkerke einen erfolglosen Angriffsvorstoß.

Östlicher Kriegsschauplatz: Der Brückenkopf von Dänaburg wurde genommen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz: Am nördlichen Donauufer nahm deutsche Artillerie den Kampf gegen serbische Stellungen südlich des Stromes bei Semendria auf.

Südwestlicher Kriegsschauplatz: Am nördlichen Donauufer nahm deutsche Artillerie den Kampf gegen serbische Stellungen südlich des Stromes bei Semendria auf.

Ein Briefwechsel

zwischen dem Reichskanzler und Tirpitz.

Die „Süddeutschen Monatshefte“ in München veröffentlichen, laut einem Drahtbericht des „Tag“, einen Briefwechsel zwischen dem Großadmiral v. Tirpitz und dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg.

An den Reichskanzler. St. Vlasien, den 6. August 1916.

Sehr geehrter Herr, ich bin von folgender Angelegenheit in Kenntnis zu setzen:

Nach einer mir ausgegangenen Mitteilung des mir persönlich unbekanntem Professor Cohnmann in München hat der Professor Welt Valentini aus Freiburg i. B. am 21. Juli vormittags diesem gegenüber in Gegenwart eines anderen Herrn Verdächtigungen gegen mich in Bezug auf angeblich falsche Angaben seinerzeit in der U-Boot-Angelegenheit ausgesprochen.

Dieser Unterredung ist protokolllarisch aufgezeichnet worden. Professor Valentini hat diese Behauptungen am selben Tage abends auch in Gegenwart des Professors Erich Wards wiederholt.

Kreditive Verdächtigungen meiner Person, und zwar besonders in Bezug auf Angaben meines Vertreters im Bundesratsausschuß bei Beratung des Etats 1916 über die Zahl der verfügbaren U-Boote sind mir von den verdächtigsten, darunter auch der hohen Stellen, zum Teil unter Berufung auf amtliche Informationen zu Ohren gekommen.

Da ich in dieser ersten Zeit keine anderen Mittel anwenden möchte, mich berattener infamer Verdächtigungen zu erwehren, beehre ich mich, Ew. Excellenz zu ersuchen, das Erforderliche gegen den Professor Welt Valentini bzw. gegen den sonstigen Schuldigen zu veranlassen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung Ew. Excellenz ergebener geg. von Tirpitz, Großadmiral.

Die Antwort des Reichskanzlers lautet: Großes Hauptquartier, 22. August 1916.

Sehr geehrter Herr, auf das gefällige Schreiben vom 6. dieses an bei Abschrift einer Aufzeichnung des Leiters der Zentralstelle für Auslandsdienste, Vorkämpfers außer Diensten, Freiherrn von Mumm, sowie einer Neuherung des Professors Valentini über die von Ew. Excellenz gegen ihn erhobenen Beschwerden zu übersehen.

Professor Valentini hat bei dieser Gelegenheit gegenüber dem Vorkämpfer Freiherrn von Mumm betont, daß seine vor seinem Dienstantritt am 21. Juli dieses Jahres in München gemachten Äußerungen in einer privaten vertraulichen Unterhaltung gefallen seien und mit seiner Tätigkeit bei der Zentralstelle in keinerlei Zusammenhang ständen.

Aus der Aufzeichnung des Freiherrn von Mumm wollen Ew. Excellenz entnehmen, daß mir übrigens über den Professor Valentini auch hinsichtlich dieser seiner Tätigkeit keine Disziplinarbefugnisse zustehen würden.

Ich habe Professor Valentini mitteilen lassen, daß seine Äußerungen, die Angaben des Staatssekretärs von Capelle über die Zahl der verfügbaren U-Boote seien wesentlich von denen Ew. Excellenz abgewichen, den Tatsachen nicht entsprechen, daß vielmehr die von Ew. Excellenz genannte Zahl der frontbereiten U-Boote die gleiche gewesen sei wie die von dem Herrn Staatssekretär des Reichsmarine-Amts angegebene.

Eine weitergehende Aufklärung herbeizuführen, bin ich nach Lage der Sache außerstande.

geg. von Bethmann Hollweg.

Die Darstellung des Professors Valentini ist in folgendem Briefe enthalten:

Berlin, den 11. August 1916.

Zu der Beschwerde Sr. Excellenz des Herrn Großadmirals von Tirpitz habe ich zu bemerken: Ich besand mich am 21. Juli dieses Jahres in München auf einer Reise nach Berlin, um meinen Universitätslehrer Professor Erich Wards zu besuchen.

Ich erwiderte Cohnmann, daß ich diese Auffassungswiese völlig ablehnen müsse, daß ich ihn für solche informiert halte und erzählte unter anderem — was mir im Winter aus zuverlässigen parlamentarischen Kreisen bekannt geworden war —, daß die Angaben des Staatssekretärs über die Zahl der verfügbaren U-Boote von denen seines Amtsvorgängers wesentlich abgewichen wären.

geg. Dr. Welt Valentini.

a. o. Professor an der Universität Freiburg i. B.

In dem Schreiben des Vorkämpfers Freiherrn v. Mumm, Leiters der Zentralstelle für Auslandsdienste, wird nachgelesen, daß Professor Valentini seit dem 21. Juli bei der Zentralstelle für Auslandsdienste tätig ist, daß dem Vorkämpfer Freiherrn v. Mumm aber keine Disziplinalgewalt über Valentini zusteht, da letzterer nur durch Privatvertrag dem Auswärtigen Amte verbunden ist.

Professor Cohnmann schied diesem Briefwechsel in eigener Sache folgende Bemerkungen voraus:

„Den Gegenstand des folgenden Briefwechsels bilden von mir aufgenommene Protokolle und damit eine Angelegenheit meiner persönlichen Ehre. Ich halte mich daher für berechtigt, die Korrespondenz zu veröffentlichen, ohne die beiden Korrespondenten um ihre Erlaubnis gebeten zu haben.“

Politische Uebersicht.

Völlwillige Verdrehung.

Die „Post“ bringt unter der Ueberschrift: „Vorwärts“ und Kriegsentcheidung“ folgende Zuschrift von der bekannten „parlamentarischen Seite“:

Der „Vorwärts“ erblickt in dem Verlangen des Abgeordneten H. Traub, daß ein unentschiedener Krieg uns unerschwingliche Lasten und die Aussicht auf einen baldigen neuen Krieg bringen werde, und daß daher unser Kriegsziel ein entscheidender Krieg sein müsse, ein neues Schlagwort von zweifelhaftem Werte. Diese Annahme trifft nicht zu, denn die Traub'schen Ausführungen bedecken sich voll inhaltlich mit der Hindenburg'schen Parole: „Nicht bloß durchhalten, sondern siegen!“

Dieser Angriff der „Post“ ist in mehrfacher Hinsicht interessant. Wir hatten gestern über das Schlagwort Traub's geschrieben: „Leider sagen uns die Herren, die sich des neuen Schlagworts bedienen, nicht, wie sie einen „entschiedenen Krieg“ herbeizuführen gedenken, der uns keine wirtschaftlichen Lasten auferlegen und uns keinem neuen Kriege entgegenführen würde.“

Dieser Angriff der „Post“ ist in mehrfacher Hinsicht interessant. Wir hatten gestern über das Schlagwort Traub's geschrieben: „Leider sagen uns die Herren, die sich des neuen Schlagworts bedienen, nicht, wie sie einen „entschiedenen Krieg“ herbeizuführen gedenken, der uns keine wirtschaftlichen Lasten auferlegen und uns keinem neuen Kriege entgegenführen würde.“

Dieser Angriff der „Post“ ist in mehrfacher Hinsicht interessant. Wir hatten gestern über das Schlagwort Traub's geschrieben: „Leider sagen uns die Herren, die sich des neuen Schlagworts bedienen, nicht, wie sie einen „entschiedenen Krieg“ herbeizuführen gedenken, der uns keine wirtschaftlichen Lasten auferlegen und uns keinem neuen Kriege entgegenführen würde.“

Nur keine Neuorientierung!

Der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Sibkovitch hat in der Montagsnummer des „Berl. Tageblatts“ im Hinblick auf die bevorstehende Reichstagsession die Forderung aufgestellt, daß die Regierung ihre abwartende Haltung gegenüber der feierlich versprochenen und zugesicherten Neuorientierung der inneren Politik aufgeben.

Dieser nicht übermäßig radikale Vorschlag des fortschrittlichen Abgeordneten hat sofort den Jörn der „Kreuzzeitung“ fragt in ihrer Herzensankunft erstaunt, was denn Herr Sibkovitch eigentlich unter dem Beginn der Neuorientierung verstehe.

Die „Deutsche Tageszeitung“, die sofort gegen Herrn Sibkovitch ihre schwerste Artillerie aufahren ließ, Seine Forderung könne „nur in jeder Beziehung als befremdlich und abwegig bezeichnet werden.“

Die „Deutsche Tageszeitung“, die sofort gegen Herrn Sibkovitch ihre schwerste Artillerie aufahren ließ, Seine Forderung könne „nur in jeder Beziehung als befremdlich und abwegig bezeichnet werden.“

Die „Deutsche Tageszeitung“, die sofort gegen Herrn Sibkovitch ihre schwerste Artillerie aufahren ließ, Seine Forderung könne „nur in jeder Beziehung als befremdlich und abwegig bezeichnet werden.“

Die „Deutsche Tageszeitung“, die sofort gegen Herrn Sibkovitch ihre schwerste Artillerie aufahren ließ, Seine Forderung könne „nur in jeder Beziehung als befremdlich und abwegig bezeichnet werden.“

Die „Deutsche Tageszeitung“, die sofort gegen Herrn Sibkovitch ihre schwerste Artillerie aufahren ließ, Seine Forderung könne „nur in jeder Beziehung als befremdlich und abwegig bezeichnet werden.“

Die „Deutsche Tageszeitung“, die sofort gegen Herrn Sibkovitch ihre schwerste Artillerie aufahren ließ, Seine Forderung könne „nur in jeder Beziehung als befremdlich und abwegig bezeichnet werden.“

Wassermann über die Lage.

Der nationalliberale Führer Wassermann hat sich in der Tagung des nationalliberalen Wahlvereins seines Wahlkreises Saarbrücken sehr ausführlich über die politische Lage geäußert.

Immer erneut — führte der Redner aus — trete die Frage an uns heran: Sind wir schuld an diesem Kriege? Die deutsche Politik sei eine friedliche Politik gewesen, keine Politik, die auf Eroberungen ausging.

Die Epoche fiel aber zusammen mit jener Zeit, in der wir in der Weltpolitik eintraten. Es war ein Naturgesetz unserer wirtschaftlichen Entwicklung, daß wir auf dem Weltmarkt als Konkurrenten anderer Völker, die an ererbten Märkten saßen, erscheinen mußten.

Immer erneut — führte der Redner aus — trete die Frage an uns heran: Sind wir schuld an diesem Kriege? Die deutsche Politik sei eine friedliche Politik gewesen, keine Politik, die auf Eroberungen ausging.

Immer erneut — führte der Redner aus — trete die Frage an uns heran: Sind wir schuld an diesem Kriege? Die deutsche Politik sei eine friedliche Politik gewesen, keine Politik, die auf Eroberungen ausging.

Immer erneut — führte der Redner aus — trete die Frage an uns heran: Sind wir schuld an diesem Kriege? Die deutsche Politik sei eine friedliche Politik gewesen, keine Politik, die auf Eroberungen ausging.

Immer erneut — führte der Redner aus — trete die Frage an uns heran: Sind wir schuld an diesem Kriege? Die deutsche Politik sei eine friedliche Politik gewesen, keine Politik, die auf Eroberungen ausging.

Immer erneut — führte der Redner aus — trete die Frage an uns heran: Sind wir schuld an diesem Kriege? Die deutsche Politik sei eine friedliche Politik gewesen, keine Politik, die auf Eroberungen ausging.

Immer erneut — führte der Redner aus — trete die Frage an uns heran: Sind wir schuld an diesem Kriege? Die deutsche Politik sei eine friedliche Politik gewesen, keine Politik, die auf Eroberungen ausging.

Immer erneut — führte der Redner aus — trete die Frage an uns heran: Sind wir schuld an diesem Kriege? Die deutsche Politik sei eine friedliche Politik gewesen, keine Politik, die auf Eroberungen ausging.

Immer erneut — führte der Redner aus — trete die Frage an uns heran: Sind wir schuld an diesem Kriege? Die deutsche Politik sei eine friedliche Politik gewesen, keine Politik, die auf Eroberungen ausging.

Immer erneut — führte der Redner aus — trete die Frage an uns heran: Sind wir schuld an diesem Kriege? Die deutsche Politik sei eine friedliche Politik gewesen, keine Politik, die auf Eroberungen ausging.

Immer erneut — führte der Redner aus — trete die Frage an uns heran: Sind wir schuld an diesem Kriege? Die deutsche Politik sei eine friedliche Politik gewesen, keine Politik, die auf Eroberungen ausging.

Immer erneut — führte der Redner aus — trete die Frage an uns heran: Sind wir schuld an diesem Kriege? Die deutsche Politik sei eine friedliche Politik gewesen, keine Politik, die auf Eroberungen ausging.

Immer erneut — führte der Redner aus — trete die Frage an uns heran: Sind wir schuld an diesem Kriege? Die deutsche Politik sei eine friedliche Politik gewesen, keine Politik, die auf Eroberungen ausging.

Immer erneut — führte der Redner aus — trete die Frage an uns heran: Sind wir schuld an diesem Kriege? Die deutsche Politik sei eine friedliche Politik gewesen, keine Politik, die auf Eroberungen ausging.

Immer erneut — führte der Redner aus — trete die Frage an uns heran: Sind wir schuld an diesem Kriege? Die deutsche Politik sei eine friedliche Politik gewesen, keine Politik, die auf Eroberungen ausging.

Immer erneut — führte der Redner aus — trete die Frage an uns heran: Sind wir schuld an diesem Kriege? Die deutsche Politik sei eine friedliche Politik gewesen, keine Politik, die auf Eroberungen ausging.

Immer erneut — führte der Redner aus — trete die Frage an uns heran: Sind wir schuld an diesem Kriege? Die deutsche Politik sei eine friedliche Politik gewesen, keine Politik, die auf Eroberungen ausging.

Immer erneut — führte der Redner aus — trete die Frage an uns heran: Sind wir schuld an diesem Kriege? Die deutsche Politik sei eine friedliche Politik gewesen, keine Politik, die auf Eroberungen ausging.

Immer erneut — führte der Redner aus — trete die Frage an uns heran: Sind wir schuld an diesem Kriege? Die deutsche Politik sei eine friedliche Politik gewesen, keine Politik, die auf Eroberungen ausging.

Nahrung der Elektrizitätsversorgung, werden den Landtag auch verschiedene Fragen der Kriegsmassnahmen beschäftigen. Die sozialdemokratische Fraktion hat bereits eine Interpellation über die Lebensmittelversorgung eingebracht.

Das tägliche Brot.

Ausweise für den Ankauf von Äpfeln und Zwetschen.
Berlin, 19. September. (B. L. B.) Die Kriegsgesellschaft für Obstkonserven und Marmeladen, Kochstr. 6, Berlin SW. 68, Telegrammadresse Kriegsgesellschaft, hat die Obligatorien gegen Vorzeigung einer Handelskonzession und sonstiger Empfehlungen Ausweisarten des Kriegsernährungsamtes für den Ankauf von Äpfeln und Zwetschen für die Kriegsgesellschaft in den Geschäftsräumen der Kriegsgesellschaft für sich und ihre Käufer sofort in Empfang nehmen können. Bei schriftlichen Anträgen ist an Stelle der Handelskonzession eine behördliche Bescheinigung einzuweisen, daß der Antragsteller im Besitze einer Handelskonzession ist. Die Karten werden auf den Namen des Großhändlers sowie der Käufer ausgestellt, zu welchem Zwecke genaue Angabe der Namen und Adressen erforderlich ist.

Die Preise für Kaffeemischungen.

Berlin, 19. September. (B. L. B.) Der Kriegsausschuss für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel G. m. b. H., Berlin, macht zufolge einer Verfügung des Kriegsernährungsamtes bekannt, daß gemahlene Mischungen von geröstetem Kaffee mit Kaffee-Ersatzmitteln nur in 3 Sorten an den Verbraucher abgegeben werden dürfen, und zwar:
mit 50 Proz. Kaffee zu einem Preis von höchstens 2,20 M. für das Pfund,
mit 25 Proz. Kaffee zu einem Preis von höchstens 1,40 M. für das Pfund,
mit 10 Proz. Kaffee zu einem Preis von höchstens 0,92 M. für das Pfund.
Andere Mischungsverhältnisse sind für gemahlene Mischungen von Kaffee und Ersatzmitteln nicht zulässig, soweit sie erst nach dem 25. September 1916 in den Handel gebracht werden. Wer Mischungen von Kaffee mit Kaffee-Ersatzmitteln verkauft, ist verpflichtet, auf der Umhüllung (Verpackung) anzugeben, wieviel Prozent reiner Bohnenkaffee in der Mischung enthalten ist.

Ferner wird darauf aufmerksam gemacht, daß sämtlichen Fabrikanten, welchen Rohstoffe zur Herstellung von Kaffee-Ersatzmitteln freigegeben oder geliefert werden, die vertragliche Verpflichtung auferlegt ist, Kaffee-Ersatzmittel-Mischungen ohne Kaffee nicht über 60 Pf. pro Pfund für den Verbraucher in den Handel zu bringen. Ausgenommen sind nur Feigenkaffee und Kaffee-Essenz (Zuckerpräparat), deren Preiskontrolle den Preisprüfungsstellen unterliegt.

Höchstpreise für Hafer.

Berlin, 19. September. (B. L. B.) Das Kriegsernährungsamt gibt bekannt:
Durch die Verordnung über Höchstpreise für Hafer vom 24. Juli 1916 ist festgesetzt worden, daß der Preis für die Tonne inländischen Hafers beim Verkauf durch den Erzeuger für die Zeit bis zum 30. September 1916 einschließlich 300 M. nicht übersteigen darf. Daneben war bestimmt, daß für die spätere Zeit niedrigere Preise festgesetzt werden. Diese Festsetzung ist nunmehr dahin getroffen worden, daß der Haferhöchstpreis für die Zeit nach dem 30. September 1916 bis zu anderweitiger Festsetzung auf 280 M. für die Tonne bestimmt wurde. Für Gegenden mit besonders später Ernte wurde den Landeszentralbehörden die Befugnis eingeräumt, zu bestimmen, daß der Preis von 300 M. noch bis 15. Oktober 1916 bezahlt werden darf.

Die getroffene Regelung des Haferpreises soll, wie schon wiederholt bekannt gegeben wurde, als Frühbrunnenprämie wirken, ohne welche die rechtzeitige Befriedigung der dringenden Anforderungen für den Heeresbedarf nicht hätte sichergestellt werden können. Ohne diese Rücksicht wären die Haferhöchstpreise von vornherein niedriger festgesetzt worden, ein Ergebnis, das nunmehr im Wege der allmählichen Senkung erzielt werden muß.

Höchstpreise für Gerste.

Berlin, 19. September. (B. L. B.) In Abänderung des § 1 der Verordnung über Höchstpreise für Gerste vom 24. Juli 1916 (Reichs-Gesetzblatt S. 824) hat der Stellvertreter des Reichs-Lanzlers durch eine in der heutigen Ausgabe des Reichs-Gesetzblattes veröffentlichte Verordnung bestimmt, daß der Preis für die Tonne inländischer Gerste beim Verkauf durch den Erzeuger, soweit bis zum 31. August 1916 einschließlich zu liefern ist, 300 M., und soweit nach diesem Zeitpunkt zu liefern ist, bis zu anderweitiger Festsetzung 280 M. nicht übersteigen darf. Damit ist angeordnet, daß der nach der bisherigen Verordnung bis zum 15. September geltende Höchstpreis bis auf weiteres beibehalten werden soll.

Ortskrankenkassentag.

II. Eisenach, 19. September.

Am heutigen Tage wurden die Verhandlungen zu Ende geführt.

Verwaltungsdirektor Albert Roßn-Berlin berichtete über

„Mitwirkung der Krankenkassen bei der Bekämpfung von Volkskrankheiten“.

Er legte seinen Ausführungen folgende von der Versammlung gebilligte Leitsätze zugrunde:

Die wirkungsvollste Bekämpfung der Volkskrankheiten ist die Krankheitsverhütung. Auf Grund des § 363 RVO. sind die Krankenkassen berechtigt, Mittel für allgemeine Zwecke der Krankheitsverhütung zu verwenden. Dieses Recht müssen sie zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft in größerem Umfang als bisher ausüben. Folgende praktischen Maßnahmen sind notwendig:

1. Aufklärung, Wanderausstellungen und Vorträge, unentgeltliche Verteilung von Schriften, Krankheitsheftchen;
 2. Pflege in Heil- und Erholungsstätten. (Errichtung solcher Anstalten durch Kassenverbände);
 3. Wäckerfürsorge;
 4. Wohnungsfürsorge (Wohnungsuntersuchungen, Ausleihung von Kapital an Baugenossenschaften);
 5. Zahnpflege;
 6. Fürsorge für Geschlechtskranke, Tuberkulose, Trinker in nachhaltiger Weise durch geeignete Kassenleistungen. Engste Gemeinschaftsarbeit mit den Landesversicherungsanstalten, den Beratungs- und Fürsorgestellen, den sonstigen gemeinnützigen Einrichtungen und den Organisationen der privaten Fürsorge.
- Eine große Anzahl Versicherungsanstalten haben schon Beratungsstellen für Geschlechtskranke errichtet, andere bereiten sie vor, so in Berlin; gemeint werden Reisefreien und entgangener Arbeitslohn den Besuchern erstattet. Die Kassen werden zu den Kosten der Beratungsstellen nirgends herangezogen.

Gegenstand der Debatte war in der Hauptsache die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, der auch der Referent den Hauptabschnitt seines eindrucksvollen Vortrages gewidmet hatte. Eine Reihe praktischer Maßnahmen wurde eingehend besprochen.

Kassenvorsitzender Rechtsanwalt Wendorf-Dresden war beruflich verhindert. Sein Referat über die

„Förderung des Kleinwohnungsbaues durch die Krankenkassen“ wurde von Präsdorf-Dresden verlesen. Es ging davon aus, daß gute und preiswerte Kleinwohnungen eine der Grundlagen der Volksgesundheit bilden. Die Herstellung geeigneter Kleinwohnungen wird gegenwärtig durch den Mangel an mäßig verzinsbarem Leihgeld verzögert. An der Beseitigung dieses Notstandes können sich auch mit Erfolg die Krankenkassen beteiligen, da die Landesversicherungsanstalten, die dem Kleinwohnungsbaue bisher große Summen zuführten, sich in Zukunft auf Bewilligung zweier Hypotheken beschränken wollen. Die Krankenkassen können aus ihrer Rücklage mündelsichere Hypotheken für Kleinwohnungen geben. Hierbei sind gemeinnützige Bauvereine oder öffentliche Körperschaften zu bevorzugen. Sind die bei einer Krankenkasse hierfür verfügbaren Gelder zu gering, so können sich mehrere Krankenkassen zur Gewährung von Sammelhypotheken unter Treuhands eines Versicherungsträgers zusammenschließen. Die Unterverbände werden die zur Verfügung stehenden Gelder ermitteln und mit den Landesversicherungsanstalten über ihre zweckmäßige Ausleihung verhandeln.

Hiermit war die Tagesordnung im wesentlichen aufgearbeitet.

Die Elektrizitätsversorgung der Provinz Brandenburg.

In seiner letzten Sitzung hat der Brandenburgische Provinziallandtag einem Projekt seine Zustimmung erteilt, das in der Öffentlichkeit bisher noch nicht die genügende Würdigung erfahren hat, dessen hohe Bedeutung aber von Tag zu Tag mehr in Erscheinung tritt. Es handelt sich um den Abschluß eines Vertrages zwischen der Provinz und den Märkischen Elektrizitätswerken (M. E. W.), durch den die Versorgung der Provinz mit Elektrizität sicher gestellt und zugleich die Ausnutzung des neu zu errichtenden fiskalischen Werkes bei Wittenberg, das für die Elektrifizierung der Berliner Stadt, Ring- und Vorortbahnen dienen soll, gewährleistet wird. Auf den ersten Blick könnten auch die grundsätzlichen Anhänger des Kommunalbetriebes dieser neuen gemischtwirtschaftlichen Unternehmung zustimmen, da sie für große Teile der Provinz einen Fortschritt bedeutet, aber im Laufe der Zeit haben sich die dagegen erhobenen Bedenken doch leider als nur allzu begründet erwiesen.

Wie aus der dem Provinziallandtag zugegangenen Vorlage ersichtlich ist, bietet die heutige Elektrizitätsversorgung der Provinz ein recht buntes Bild. Unter Leitung der A. E. G., die bekanntlich die zum Teil auf Brandenburg Gebiet übergreifenden Berliner Elektrizitätswerke an die Stadt Berlin abgetreten hat, haben sich im Laufe der Zeit eine Reihe von Unternehmungen gebildet, die verschiedene Teile der Provinz mit elektrischer Kraft versorgen. Wilmersdorf, Schöneberg und Schmargendorf erhalten ihre Elektrizität von Privatgesellschaften, deren Werke sie zu übernehmen berechtigt sind, Charlottenburg, Lichtenberg, Neukölln, Potsdam, Brandenburg, Weisensee, Frankfurt a. O., Forst, Rudowwalde und eine Reihe anderer Gemeinden besitzen oder besaßen eigene Elektrizitätswerke.

Durch den Uebergang der Berliner Elektrizitätswerke auf die Stadt Berlin am 1. Oktober 1916 haben sich die Verhältnisse geändert. Die Stadt Berlin hatte sich bei Abschluß ihres Vertrages mit den M. E. W. das Recht vorbehalten, mit dessen Abkauf die innerhalb und außerhalb des Berliner Reichsbildes gelegenen Anlagen der Gesellschaft zu übernehmen. Der Uebernahme gingen längere Verhandlungen voraus zwischen der Stadt und der Gesellschaft, in denen die Frage einer Vertragsverlängerung unter einseitigem Verzicht der Stadt Berlin auf das Uebernahmerecht eingehend erörtert wurde. Geplant war dabei die Bildung eines gemeinschaftlichen Unternehmens zwischen der Stadt und der Gruppe der A. E. G. unter Einbeziehung des Interessensbereichs der Berliner Vereinigten Elektrizitätswerke und der M. E. W. einschließlich des Gebietes des Verbandes Neumark. Das Projekt scheiterte und die Stadt Berlin übernahm am 1. Oktober die Berliner Elektrizitätswerke. Gleichzeitig wurde die Bahn für ein Zusammengehen zwischen der A. E. G. und der Provinzialverwaltung frei.

Sobald aus der Presse bekannt wurde, daß der Provinzialverband die Elektrizitätsversorgung der Provinz Brandenburg durch Errichtung eines gemeinwirtschaftlichen Unternehmens in die Wege zu leiten suchte, erklärte sich der Berliner Magistrat als Besitzer der leistungsfähigsten Kraftwerke Groß-Berlins bereit und imstande, sofort große Mengen von Elektrizität zu sehr billigem Preise, gegebenenfalls gemeinsam mit den Werken der Vorortgemeinden zur Verfügung zu stellen. Er ersuchte die zuständigen Stellen, ihm Gelegenheit zur Erörterung der näheren Bedingungen zu geben, unter denen die Grundlagen eines Stromlieferungsabkommens unterbreitet werden könnten. Obwohl sein Angebot noch vor der Beschlußfassung durch den Provinziallandtag einging, begnügte sich dieser damit, es dem künftigen Ausschussrat der Gesellschaft zur weiteren Veranlassung zu überweisen. Der Vortage selbst stimmte er fast debattelos zu, nur sagte er eine nichtstimmende Resolution, durch die auch den Anhängern des reinen Kommunalbetriebes Rechnung getragen werden soll. Nach dieser Resolution soll die Provinz ihren Einfluß dahin geltend machen, daß das M. E. W. auf Verlangen nach Maßgabe des ihm für die Weitergabe zur Verfügung stehenden Stromes verpflichtet ist, den Strombedarf von Gemeinden oder Gemeindeverbänden zu decken, die selbst Kraftwerke besitzen oder an Kraftwerkunternehmungen in ihrem Bezirk finanziell beteiligt sind.

Vereits in seinem Referat hatte der Berichterstatter auf die Möglichkeit hingewiesen, daß schon jetzt bestehende Kommunalwerke es vorziehen könnten, ihren Strombedarf unter völliger oder teilweiser Stilllegung ihres eigenen Betriebes von der Gesellschaft zu beziehen, weil sie dies für wirtschaftlich vorteilhafter halten; er bestonte aber gleichzeitig, daß, wenn dieser Fall eintritt, die Interessen aller Kommunalverwaltungen in weitgehendem Umfange gewahrt werden sollten. Dafür bürgte schon der ganze Charakter des Unternehmens eine gewisse provinzieller Führung stehenden und vorwiegend gemeinwirtschaftlichen. Auch der Widerstand erörterte eingehend das Verhältnis des zu begründenden Werkes zu den Kommunalverbänden der Provinz, insbesondere zu denjenigen, welche bereits eigene Werke besitzen. Er konnte sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß durch die Begründung des neuen gemischtwirtschaftlichen Unternehmens zwischen der Provinz und A. E. G. den bestehenden Werken eine starke, wenn nicht übermächtige Konkurrenz erwächst.

Wir bedauern es, daß den gegen das gemischtwirtschaftliche Unternehmen erhobenen Bedenken keine Rechnung getragen ist. Denn obwohl seit der Verabschiedung der Vorlage erst einige Monate ins Land gegogen sind, hat es sich doch schon gezeigt, daß die Gemeinden mit eigenen Elektrizitätswerken in Gefahr schweben, unter dem auf sie ausgeübten Druck ihrer eigenen Anstalten verlustig zu gehen und sich dem neuen Unternehmen anzuschließen. Den ersten

Schritt nach dieser Richtung hin hat Weisensee getan, als es sich seines eigenen Elektrizitätswerkes entäußerte. Mag sein, daß sich für die kleine Gemeinde ihr den Fortschritten der Technik nicht mehr entsprechendes Werk nicht rentiert hat, wir wollen diese Frage offen lassen. Aber wenn dem so war, warum hat sie dann das Werk nicht ausgebaut und um es so rentabel zu erhalten, ein weiteres Abzweiggebiet gesucht, gegebenenfalls durch Zusammenschluß mit anderen Gemeinden zu einem Zweckverband? Warum ist diesen Weg nicht eingeschlagen hat, entzieht sich unserer Kenntnis, aber es ist ein offenes Geheimnis, daß sie unter dem Einfluß der Auffichtsinflanz eine Politik eingeschlagen hat, die zweifellos einen kommunalpolitischen Rückschritt bedeutet. Angesichts des Umstandes, daß auch die sozialdemokratischen Gemeindevertreter der Veräußerung des Werkes keinen Widerstand entgegengesetzt haben, nehmen wir Veranlassung, unsere Vertreter in den übrigen Städten mit eigenen Elektrizitätswerken dringend vor der etwaigen Zustimmung zum Verkauf der Werke zu warnen, denn sie würden dadurch nicht nur dazu beitragen, daß ihre Gemeinden Einnahmequellen verlieren, sondern sie würden auch die Selbstverwaltung in hohem Maße gefährden und sich jedes Einflusses auf die Gestaltung der Arbeiterverhältnisse begeben. In den Gemeindebetrieben haben die modernen Gewerkschaften Fuß gefaßt, und abgesehen von ganz rücksichtlosen Verwaltungen, mag man es nirgend, den Organisationsbestrebungen der Arbeiter ernsthaften Widerstand entgegenzusetzen. Ganz anders, wenn die Provinzialverwaltung ein entscheidendes Wort mitzureden hat; dann ist zu befürchten, daß sie das Beispiel des Staates befolgt, der seinen Arbeitern die Zugehörigkeit zu Organisationen verbietet, die nicht ausdrücklich durch Statut den Streik ausschließt.

Hierzu kommt aber noch ein weiteres Moment. Berlin ist im Besitze eines eigenen Elektrizitätswerkes, es hat sich bereit erklärt, der Provinz Strom in genügender Menge zu liefern, und wir sind überzeugt, daß es in hohem Maße gewillt wäre, seine Abnehmer voll zu befriedigen. Was hätte näher gelegen, als den Vorschlag des Berliner Magistrats anzunehmen, zum mindesten aber die Berliner Vororte, etwa die im Bereich des Zweckverbandes Groß-Berlin gelegenen Gemeinden, soweit sie nicht eigene Werke haben oder durch Verträge anderweitig gebunden sind, von Berlin aus versorgen zu lassen? Das wäre verständlich und wirtschaftlich rentabel gewesen. Wenn man davon abgesehen hat, so liegt die Vermutung nahe, daß man wieder einmal die Provinz gegen Berlin aufspielen wollte. Diese politischen Erwägungen, Anklänge an frühere Zeiten, zeigen uns, wohin letzten Endes der Weg geht; es wird sich ein Konkurrenzkampf zwischen Berlin und der Provinz entwickeln, der der Hauptstadt zum Schaden gereicht und ihr schwere finanzielle Opfer auferlegt. In diesem Konkurrenzkampf wird man bemerkt sein, auch die Berliner Vororte mit eigenen Elektrizitätswerken hineinzuziehen und sie schließlich in die Lage versetzen, sich entweder dem Willen der Provinz zu fügen, die mächtiger ist als sie und über ganz andere Hilfsmittel verfügt, oder aber ihre durch den Krieg ohnehin schon geschwächten Finanzen in Unordnung zu bringen.

Auf diese Gefahr hinzuweisen, halten wir für unsere Pflicht. Wir erheben warnend unsere Stimme, um zu verhüten, daß andere Groß-Berliner Gemeinden das Beispiel von Weisensee nachahmen.

Aus Groß-Berlin.

Lebensmittelfragen.

Wie steht's um die Milchversorgung?

Zur Neuregelung der Milchverteilung sind in Berlin alle Vorbereitungen getroffen. Sie wird aber hier erst in Kraft treten, wenn sie im Reich zur Durchführung gelangt. Es ist zu erwarten, daß dies um Mitte Oktober geschieht. Von da ab würde Vollmilch nur noch an Kindern, Schwangeren und Kranken gewährt werden. Man rechnet für Groß-Berlin (ohne Niederbarnim) auf einen täglichen Verbrauch von 225 000 Liter für Kinder, 11 000 Liter für Schwangere und etwa 60 000 Liter für Kranke, das sind zusammen annähernd 300 000 Liter. Die Gemeinden in Niederbarnim haben sich von dieser ganzen Regelung ausgeschlossen, weil sie besser megalommen glauben, wenn sie für sich bleiben. Die Milchzufuhr hat in den letzten Monaten weiter abgenommen, und leider dürfte die Zufuhrminderung noch fort-dauern. Es wird aber gehofft, daß man sich gewähren lassen kann, was auf Karten versprochen ist. Dabei wird vorausgesetzt, daß nicht etwa zum Oktober, wo die meisten Lieferungsverträge ablaufen, unabhäme Uebertragungen eintreten. In letzter Zeit hat die Milchmappheit in hohem Maße abgeholfen sollte. Wenn in einzelnen Betrieben etwa Milch drüberbleibt, läßt die Verteilungsstelle sie durch Zubehälter der Großunternehmer dahin bringen, wo Milch fehlt. Nach der endgültigen Regelung wird, was über den für Kinder usw. vorbehaltenen Bedarf hinaus an Vollmilch noch übrig ist, wahrscheinlich reiflos verbuttert werden müssen. Die Erwägungen darüber, wie die verbleibende Magermilch zu verwenden ist, sind noch nicht abgeschlossen. Gedacht wird daran, sie auf besondere Familienarten zu geben. Die Hygieniker sind allerdings der Meinung, daß für Kinder schulpflichtigen Alters die Magermilch kein sehr geeignetes Nahrungsmittel ist. Es wird sich empfehlen, sie als Futur mit den Speisen zu ver-kochen. Groß werden übrigens die verfügbaren Magermilch-mengen nicht sein. Sehr unerfreulich ist die Nachricht, daß vielleicht eine neue Erhöhung des Milchpreises kommen wird. Verschiedene Gemeinden leisten den Kollektionen ihres Bezirkes erhebliche Zuschüsse, um ihnen die Weiterführung ihrer Betriebe vorteilhafter zu machen und dadurch die Milchherzeugung zu fördern. Es soll aber nicht viel Reizung bestehen, diese Beihilfen weiter zu erhöhen.

Zur Obstbeschlagnahme.

Die Beschlagnahme der Äpfel und Pflaumen kam ganz unerwartet und sehr plötzlich. Als sie erfolgte, waren 200 Eisenbahnwaggons mit Pflaumen unterwegs nach Berlin. Münchenswert ist, daß nun die Käufer, die das Kriegsernährungsamt bestimmen will, möglichst bald ihre Tätigkeit beginnen. Können sie die Vorräte nicht durch Zuführung zu den Marmeladenfabriken bewältigen, so wäre für schleunigste Verkäufe der Reste zu sorgen. Die Beschlagnahme darf nicht die Wirkung haben, daß die lagernden Vorräte, zum Teil verderben.

Nicht vergessen!

Wer soll das alles im Kopf behalten! Mit den vielen Karten und Listen, ohne die man jetzt sein Viehchen nicht zusammenkriegt, kennt sich ja kein Mensch mehr aus! So klagt manche Hausfrau, wenn sie ihren Vorrat an Lebensmittelkarten prüft oder eine allerneueste Verordnung über die Lebensmittelversorgung durchstudiert. Aber da hilft nichts — wer nicht aufpaßt, hat den Schaden und geht leer aus.

In dieser Woche wäre zu beachten, daß man die Eintragung in zwei Kundenlisten nicht versäumen darf. Die bisherige Fleischkundenliste wird mit 2. Oktober, dem Tage des Ablaufs der gegenwärtigen Fleischartenperiode, ihre Gültigkeit verlieren. Für Fleischkäufe vom 2. Oktober ab muß die Eintragung in die neu anzulegende Kundenliste bei demjenigen Fleischer oder Fleischhändler, von dem man künftig kaufen will, unter Vorlegung der Fleischarten in den Tagen vom 21. September bis 24. September (Donnerstag bis Sonntag) bewirkt werden. Die Eintragung in die Liste hat, wie früher, für den Eingetragenen die Wirkung, daß er bis auf weiteres nur dort Fleisch oder Fett kaufen kann. Wer die Eintragung versäumt, bleibt bis auf weiteres von der Möglichkeit des Fleisch- und Fettbezuges ausgeschlossen. Auch eine Zuckerkundenliste wird jetzt eingeführt. Für sie gilt die gleiche Bestimmung, daß nur da gekauft werden kann, wo man in die Liste eingetragen ist. Wer sich nicht rechtzeitig eintragen läßt, erhält keinen Zucker; denn nur an Eingetragene dürfen die Händler verkaufen. Eintragung in die Zuckerkundenliste unter Vorlegung der Zuckerkarte ist nur noch bis spätestens 21. September (Donnerstag) abends 8 Uhr möglich.

Erinnern wollen wir bei dieser Gelegenheit noch daran, daß die Anmeldung zu den Volksspeisungen der Stadt Berlin allwöchentlich erneuert werden muß. Die Meinung, daß man sich hierfür allemal anmeldet, ist irrig. Wer die erneute Anmeldung unterläßt, kann in der folgenden Woche mit leerem Effentopf heimgehen. Jedoch bis Donnerstag muß die neue Anmeldung für die folgende Woche bewirkt werden. Zu beachten wäre auch, daß für Sonntag das Essen immer schon am Freitag vorausbezahlt werden muß.

Der Magistrat veröffentlicht heute die Verordnung über die Abgabe von Eiern. Danach werden, wie wir bereits berichteten, vom 1. Oktober 1918 ab Eierkarten eingeführt. Die Eierkarten gelten für den Bezug von Hühner-, Enten- und Gänseeiern. Der Verkäufer hat bei der Abgabe der Eier den jeweils für die Woche gültigen Abschritt von der Eierkarte abzutrennen. Die Anstalten, Krankenhäuser, Gast- und Schankwirtschaften, Wägereien, Konditoreien usw. erhalten besondere Bezugskarten, die auf eine bestimmte Anzahl lauten.

Sämtliche Verbraucher haben sich bei einem Händler, von dem sie Eier beziehen wollen, in die Kundenliste eintragen zu lassen. Die Formulare der Kundenliste sind bei Alfred Unger, Spandauer Str. 22, zu beziehen. Die Kundenlisten werden am 27. September geschlossen.

„Das Publikum soll helfen.“

Die Maßregeln zur Lebensmittelversorgung und gleichmäßigen Lebensmittelveilung sollen, so wird immer wieder von Behörden erklärt, durch die Bevölkerung unterstützt werden. Wenn Lebensmittelhändler sich Verstöße gegen die behördlichen Anordnungen zuschulden kommen lassen, sollen die Käufer hierüber Anzeige erstatten. Einer, der diese Mahnung befolgt, erzählt uns, wie es ihm dabei ergangen ist.

Über ein Schlächtereigenschaft in Berlin-Süd wurden ihm von mehreren Frauen allerlei Mitteilungen gemacht, die ihn argwöhnlich ließen, daß da nicht alles nach Vorschrift zugehe. Was ihm gesagt worden war, malte er der Fleischverteilungsstelle, indem er vier Zeuginnen dafür benannte. Acht Wochen später erhielt er zu seiner großen Ueberraschung eine Vorladung zu einem Termin vor den — Schiedsmann! Der Schlächtermeister hatte den Termin beantragt mit der Begründung, daß er durch die Vorwürfe, die in jener an die Fleischverteilungsstelle gerichteten Anzeige enthalten waren, sich beleidigt fühle. Wir wollen hier nicht untersuchen, ob die Vorwürfe berechtigt waren oder nicht. Das wird ja Sache der Gerichtsbehörden sein, die sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen haben werden. Uns reizt nur die Frage, wie der Schlächtermeister die Möglichkeit erhielt, die Anzeige mit einer Beleidigungsflagge zu beantworten. Ist es bei der Fleischverteilungsstelle üblich, den Einsender einer Anzeige dem Beschuldigten zu nennen? Das wäre doch sehr bedenklich, selbst dann, wenn die Anzeige sich als unzutreffend herausstellt. Wer soll da noch Lust haben, den Behörden zu helfen, damit Uebertretungen zu ihrer Kenntnis gelangen und verfolgt werden können! Der jetzt mit Klage bedrohte Helfer hat es abgelehnt, zum Sühneterrain zu gehen. Er hat aber nunmehr seine Beschuldigungen gegen das Schlächtereigenschaft dem Staatsanwalt mitgeteilt und ihm auch berichtet, welchen eigenartigen Erfolg er mit seiner Anzeige bei der Fleischverteilungsstelle gehabt hat.

Uns mochte er sein Erlebnis mit den Worten: „Sehen Sie, so kann es einem gehen, wenn man der Aufforderung der Behörden nachkommt und Uebertretungen zur Anzeige bringt.“ Er schließt mit der Frage: „Wollen Sie nicht lieber eine Warnung erlassen, damit es den etwa Vertrauensseligen nicht ebenso ergeht?“ Wir finden, daß er da nicht so unrecht hat.

Gegen die Ehelosigkeit der Lehrerinnen.

Das Jökibat der Lehrerin, der den Lehrerinnen auferlegte Zwang zur Ehelosigkeit, wird seit Jahren belächelt. Durch den Krieg hat die Forderung, heiratende Lehrerinnen in ihrem Amte zu belassen, neue Bedeutung erlangt. Zum Ersatz für Lehrer, die zum Seeresdienst einberufen sind, hat man Lehrerinnen in großer Zahl eingestellt — und auch verheiratete Lehrerinnen mußte man willkommen heißen. Ueberrascht ist mit den jetzt so stark betonten Aufgaben der Bevölkerungspolitik, mit dem Kampf gegen Heiratsflucht und Kinderlosigkeit, mit dem Ruf nach mehr Ehen und mehr Nachwuchs schwer der Grundfay zu vereinen, daß eine heiratende Lehrerin nicht Lehrerin bleiben darf.

Zur Erörterung dieser plötzlich „zeitgemäß“ gewordenen Frage hatte der Verein Frauenwohl Groß-Berlin eine Versammlung einberufen, die unter sehr starker Beteiligung am Montag stattfand. Der Hamburger Schulinspektor Matthias Meyer, der das Hauptreferat gab, erklärte sich mit aller Entschiedenheit gegen das Eheverbot für Lehrerinnen. Seine Forderung, die Heiratsmöglichkeit freizugeben, gelte für die gesamte weibliche Beamtenschaft, aber die besondere Art des Lehrerinnenberufs mache für die Lehrerinnen eine besondere Betrachtung nötig. Meyer behandelte die Frage vom sozialbiologischen und vom pädagogischen Standpunkt aus. Die Bevölkerungspolitik verfolge das Ziel, den seit langem andauernden und sich immer mehr beschleunigenden Geburtenrückgang aufzuhalten. Nicht ein Wetteugen und Wettegären sei das Erstrebenswerte, nicht eine bloße Steigerung der Quantität, sondern eine Besserung auch der Qualität. In dieser Hinsicht müsse man gerade die den Lehrerinnen aufgezwungene Ehelosigkeit beklagen, durch die man beste Ansehe zur Unfruchtbarkeit verurteile. Gerade bei den Lehrerinnen sei infolge der sorgfältigen Erziehung, die schon vor der Aufnahme in das Seminar und später vor der Anstellung im Amt stattfindet, die Gesundheit des Körpers und des Geistes besonders gut, womit für einen gleich gesunden Nachwuchs die Bedingungen gegeben seien. Mit den Pflichten der Gattin und Mutter lasse der Lehrerinnenberuf sich eher als die Erwerbstätigkeit der meisten anderen Frauen vereinen, weil die

Lehrerin nur wenige Stunden am Tage in Anspruch genommen sei. Ihre berufliche Tätigkeit liege in enger Beziehung zu ihren Mutterpflichten, ihre Mutterschaft erst könne ihr das volle Verständnis für die Kindesseele erschließen. Eine Lehrerin, die nicht selber Mutter ist, kenne das Kind nur als Objekt der Schulerziehung. Kaum eine unter den Lehrerinnen wäre nicht bereit, ein großes Opfer zu bringen für ein Kind, das zu ihr „Mutter“ sagen könnte. Nur infolge der Ehelosigkeit biete die alternde Lehrerin so oft das traurige Bild der vereinsamten Frau, die nervös geworden ist. Schwierigkeiten, die für den Schulbetrieb aus der Mutterschaft einer Lehrerin entstehen könnten, würden ohne große Mühe für die Schulverwaltungen zu überwinden sein. Vollends unbegründet sei die Befürchtung, daß der Anblick einer werdenden Mutter nachteiligen Einfluß für die Schulkinder haben würde.

In den stürmischen, langanhaltenden Weifall, der dem Redner dankte, mischte sich noch kein Widerspruch der in der Versammlung stark vertretenen Opposition. Nachdem dann Frau Kampffmeyer-Ballroth in einem Referat über die Ergebnisse von Umfragen die Verhältnisse geschildert hatte, unter denen die verheirateten und die verwitweten Lehrerinnen ihren Beruf ausübten, setzte eine sehr lebhaft Diskussion ein. Schroff stiegen in ihr die Gegensätze auf einander, für und wider die Ehelosigkeit der Lehrerinnen wurde hitzig bis gegen 1 Uhr nachts gestritten. Die Zuhörerschaft, in der man sehr viele Lehrerinnen und auch manche Lehrer sah, begleitete die Reden mit temperamentvollen Kundgebungen des Weifalls oder des Widerpruchs. Gegner und Anhänger des Eheverbots waren unter den Rednerinnen wie unter den Rednern. Starke Weifall von der einen Seite und heftigen Widerspruch von der anderen fanden besonders die Ausführungen der Lehrerin Lischniewska, die für die Lehrerinnen das Recht auf Mutterlichkeit forderte. Für die Berliner Schuldeputation erklärte Schulinspektor Dicksch, daß verheiratete Lehrerinnen nicht im Dienst bleiben können.

Impfungen bei Reisen ins Okkupationsgebiet.

Das Stellvertretende Generalkommando des Gardekorps gibt folgendes bekannt: Infolge des Auftretens vereinzelter Pockenkrankungen in den besetzten Gebieten hat sich die Notwendigkeit ergeben, daß auch alle Zivilpersonen, die in diese Gebiete reisen, sich vorher einer erneuten Pockenschutzimpfung unterziehen, soweit sie nicht in den letzten 4 Jahren an Pocken erkrankt waren oder mit Erfolg der Pockenschutzimpfung unterzogen worden sind. Die Ausstellung eines Passierscheines zur Reise in die besetzten feindlichen Gebiete muß daher fortan von der Vorbringung einer Bescheinigung hierüber abhängig gemacht werden. Von dieser Forderung kann auch nicht in dringenden Fällen — also wenn der alsbaldige Antritt einer Reise durch besondere Verhältnisse, z. B. bei schweren Erkrankungen und Verwundungen, notwendig geworden ist — abgewichen werden.

Telegrammgebühren für den Privatverkehr nach dem Feldheer.

Von amtlicher Seite wird darauf aufmerksam gemacht, daß die am 1. August d. J. eingetretene Erhöhung einzelner Telegrammgebühren sich nicht auf den Privat-Telegrammverkehr mit dem Feldheer bezieht. Bei diesem Verkehr ist es bei den bisherigen Sätzen (50 Pf. für die Adresse und 5 Pf. für jedes Telexwort) verblieben. Ueber die Höchstzahl von 20 Worten im Text darf aber nicht hinausgegangen werden. Zur Vermeidung von Verzögerungen in der Beförderung sind derartige Privattelegramme aus Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg an die Feldtelegrammprüfungsstelle F. L. Berlin W. 56, Französische Straße 33c, zu senden, dort werden auch Telegramme unmittelbar entgegengenommen, und zwar wochentags von 8—3 Uhr nachm. und Sonntags von 11 Uhr vorm. bis 1 Uhr nachm.

Gegen die Verteuerung der Straßenbahnfahrten.

Der Plan einer Tarifierhöhung bei den Straßenbahnen und anderen öffentlichen Verkehrsunternehmungen Berlins wird durch eine vom Ausschuss des Zweckverbandes Groß-Berlin eingesetzte besondere Kommission geprüft. Zu der Denkschrift, die im Zweckverbandsbüreau über den Plan ausgearbeitet worden ist, haben die einzelnen Gemeinden Groß-Berlins sich noch nicht geäußert. Daß der Berliner Magistrat zu den entscheidenden Gegnern der Tarifierhöhung gehört, ist bekannt. Er hat jetzt das Statistische Amt der Stadt beauftragt, zu untersuchen, welche Wirkungen die Tarifierhöhung für die große Masse der Bevölkerung haben würde. Das Statistische Amt wird, ungeachtet aller durch die Kriegsfürsorgemahregeln gebrachten Arbeitsüberhäufung, eine eingehende Statistik des Verkehrsweffens zusammenstellen.

Aus dem Hofkonzernkessel gelandet wurde gestern bei Saantwinkel die Leiche einer unbekanntem Frau von etwa 25 Jahren. Sie wurde, da sich ihre Persönlichkeit nicht feststellen ließ, nach der Leichenhalle in Plögensee gebracht. Die tote ist unterlegt, hat blondes Haar, ein rundes Gesicht, aufgeworfene Lippen und trug eine weiße Katzentasche, einen blauen Rock, eine schwarze Schürze, weiße Strümpfe und graue Segeltuchschuhe. — Zwischen den Bahnhöfen Köpenick und Sadowa wurde gestern die verblümmelte Leiche eines jungen Mannes aufgefunden, der von einem Vorortzuge überfahren worden war. Wie die Ermittlungen ergaben, handelt es sich um einen Selbstmord. Der Tote ist der 18-jährige Postausbiller Max Dutenschön aus Neumünster in Holstein.

Die Tätigkeit unserer Feuerweh. Ein aufregender Vorfall veranlaßte in der letzten Nacht das Ausrücken der Feuerweh nach der Köpener Straße 23. Dort stand um Mitternacht ein kleines Kind am Fenster des dritten Stocks und drohte herabzuspringen. Straßenpostanten bemerkten die Gefahr noch rechtzeitig. Sie benachrichtigten die Feuerweh und Hausbewohner. Die Feuerweh nahm ein Sprungtuch vor und drang in die verschlossene Wohnung ein. Das eingeschüchterte Kind konnte vom Fenster aus von den Mannschaften erfaßt und in die Wohnung zurückgeholt werden. Man übergab es, da niemand in der Wohnung war, einer Hausbewohnerin, die es in Obhut nahm. — Ein sehr gefährlicher Brand kam in der Nacht zum Dienstag in der Drogerie von F. Grabow in der Grimmitzstraße 21, Ecke der Dieffenbachstraße aus. Dort brannten Schweißel u. a. in Regalen. Der Qualm entwickelte sich so schnell, daß der Aufenthalt im Hause schließlich mit Gefahr verbunden war. Die Feuerweh drang mit Rauchschutzhelmen ausgerüstet in den verqualmten Keller ein und es gelang durch kräftiges unangefegtes Wassergeben mit mehreren Schlauchleitungen, die Flammen auf die Drogerie zu beschränken. Die Entstehung wird auf Entzündung des Schweißels zurückgeführt. — Der 7. Zug der Weh hatte in der Köpenerstr. 9 zu tun, wo im Keller ein Ballon mit Salmiak ausgelassen und zu sich gefährliche Dämpfe entwickeln hatten. Die Feuerweh besetzte die Gefahr mit Sand und Wasser, Lüftung und Aufwachen. — Wegen einer Benzingerplosion wurde die 8. Kompanie nach der Voppsir. 10 gerufen, wo eine Zigarettenstompmaschine fahrlässig bedient worden war. — Nachts erfolgte ein Alarm nach der Stralunder Str. 80, wo Männer auf dem Dache gesehen worden waren. Die Jagd nach ihnen war aber erfolglos. — Eine Gasexplosion wurde aus der Klosterstr. 79 gemeldet, wo in einem Hotelzimmer Gipsbüden eingedrückt waren und Gardinen, Portieren usw. brannten. — In Reutlän war in der Apotheke am Hermannsplatz 9 Feuer ausgebrochen.

Gesperrt. Die Schillstraße zwischen Wilmannsstraße und Lügenufer sowie das Lügenufer zwischen Schillstraße und Perlesbrücke wird infolge Umgestaltung der Straßenbahnanlagen für den Durchgangs-Fahrverkehr auf die Dauer von drei Wochen gesperrt.

Aus den Gemeinden.

Wahlvereinsversammlung Niederschönhausen-Nordend.

In der letzten Mitgliederversammlung wurde zunächst vom Genossen Kraushaar Bericht erstattet über die Kreisversammlung vom 20. August, vor allem über die dort erfolgte Wahl der Delegierten zur Reichskonferenz.

In der Diskussion bestritt Genosse Legien der Kreisversammlung das Recht, aus sich heraus Delegierte zu wählen. Des weiteren wendet sich derselbe gegen den Artikel des „Mitteilungsblattes“, indem er erklärt, daß die „Spaltplize“ gerade auf Seiten des Artikelschreibers zu suchen wären. Mit Bezug auf die Teilnahme der Minderheit an der Reichskonferenz stellte er es als eine gemeine Verächtlichung hin, wenn behauptet würde, die Minderheit habe ihre Zulassung zur Reichskonferenz sich erst erzwingen müssen. Gerade ein Mitglied der Mehrheit sei es gewesen, das für die Zulassung der Minderheit eingetreten sei. Die Haltung des Parteivorstandes sei richtig, er handelte genau nach dem Organisationsstatut, das nur eine Reichstagsfraktion kenne. Bezüglich der Bescheidung der Reichskonferenz meinte er, daß auf derselben völlige Meinungsfreiheit gegeben sei. An der Zusammenlegung der Reichskonferenz sei nichts auszusetzen; sie sei nach dem Organisationsstatut erfolgt. Das „Gehen mit dem Parteivorstand“ sei früher immer Pflicht gewesen.

Genosse Müller, der im wesentlichen dem Genossen Legien zustimmte, führte noch aus, daß die Einteilung, auf Grund derer die Zusammenlegung der Reichskonferenz erfolgt ist, noch demokratischer sei als unser Parteitagssystem. Bezüglich der Klassenverhältnisse von Groß-Berlin sagte er, daß bei der Aufstellung im „Mitteilungsblatt“ gewisse Verdrehungsmanöver an Zahlen durch den Artikelschreiber eine Rolle spielen.

Genosse Vieges trat den Ausführungen der beiden Genossen entgegen und legte dar, wie die Opposition zu ihrem Vorgehen durch die Sachlage gezwungen sei, daß sie ebensoviele Einigkeit wünsche, wie die andere Seite, nur wie diese erzielt würde, darauf läme es an. Durch Abstimmung wurde dann der Antrag des Kreisvorstandes angenommen, wonach in Zukunft für Lieferung der „Neuen Zeit“ von den Funktionären 10 Pf. erhoben werden sollen. Genosse Reibem machte dann unter dem Signum: „Spaltplize“ noch Mitteilung von einer hierorts geübten Gepflogenheit einiger Genossen, die sich zur Mehrheitspolitik bekennen, Extrastimmungen abzuhalten. Diese Stimmungen wurden von Genossen Müller und Legien als harmlose Zusammenkünfte mit befreundeten Genossen dargelegt. Genossin Tieg fügte noch erklärend hinzu, daß sich die betreffenden Genossen zu solchem harmlosen Beisammeln zusammen gefunden hätten, weil ihnen auf den Bastabenden die Gesellschaft zu gemischt sei. Auf Juxrufe aus der Versammlung erklärte sie dann, daß sie den Ausdruck gebraucht hätte in bezug auf Charakter usw.

Die Behauptung des Genossen Legien über die Wahl auf der Reichskonferenz ignoriert den von der Generalversammlung gefassten Beschluß, etwa nötig werdende Wahlen solle die Reichskonferenz vornehmen, damit nicht unnötige Kosten durch Einberufung der Generalversammlung entstehen. Seine weiteren Behauptungen über die Reichskonferenz widersprechen der Wirklichkeit.

Zuferranmeldung in den Vororten.

Die Eintragung in die Kundenliste muß im Kreise Niederbarum bis spätestens am 21. September abends 8 Uhr erfolgt sein, im Kreise Teltow-Weeslow haben die Einwohner bis zum 22. d. M. abends 8 Uhr Zeit, ihre Eintragung zu bewirken.

Wechsel der Fleisch-Bezugsquellen in Steglitz.

Am 2. Oktober läuft die gegenwärtige Fleischartenperiode ab und verlieren von diesem Tage ab die bisherigen Kundenverzeichnisse ihre Gültigkeit. Die Neueintragungen in den bei den Fleischherstellern und Fleischverkäufern ausliegenden Listen haben vom 26. bis 28. September zu erfolgen, zu welchem Zweck die Läden von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends offen zu halten sind. Bei Bewirkung der Eintragung hat der Karteninhaber oder der Haushaltungsvorstand seine oder die auf dem Haushalt entfallenden Karten (Voll- und Kinder-Fleischarten) dem Fleischer oder Fleischverkäufer vorzulegen, und letzterer hat die an den Karten befindlichen Anmeldeabschnitte abzutrennen und an sich zu nehmen. — Diese Aenderung in der Regelung des Fleischbezugs entspricht vielfach geäußerten Wünschen aus der Bürgerchaft und Eingaben von Vereinen an den Gemeindevorstand, endlich mal mit den Bezugsquellen wechseln zu können.

Kinderveranstaltungen in Reutlän. Heute Mittwoch: Spielen auf dem Turnplatz. Treffpunkt 1/3 Uhr Kaiser-Friedrich-Edle Jannstraße. — Sonntag, den 24., fallen anlässlich der Jugendwoche alle Veranstaltungen aus.

Gerichtszeitung.

Meineidsprozeß.

Ein umfangreicher Prozeß wegen schwerer Urkundenfälschung, Betruges, versuchter Verleitung zum Meineid und versuchter Verleitung zur Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung begann gestern vor der 8. Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Gesse. Angeklagt ist der Kaufmann Konrad Eifert in Charlottenburg, der schon seit etwa zwei Jahren in Untersuchungshaft sitzt. Es handelt sich um außerordentlich verwickelte Rechts- und Tatverhältnisse, die schon zu langwierigen Prozessen zwischen dem Angeklagten und den Erben der Witwe seines Bruders geführt haben. In diesen Prozessen war von der Gegenseite schon wiederholt die Behauptung aufgestellt worden, daß der Angeklagte auf zwei von seiner verstorbenen Schwägerin ausgefertigten Urkunden nachträglich unbefugt einige Zeilen hinzugefügt habe. Ein Beweis für diese Behauptung hat jedoch nicht in überzeugender Weise erbracht werden können. Jetzt handelt es sich um einen neuen Prozeß, den der Angeklagte gegen die Erben der verstorbenen Schwägerin auf Zahlung einer Summe von 150 000 M. auf Grund einer angeblich von der Schwägerin ausgefertigten Bürgschaftsurkunde angestrengt hat. Die Gegenseite behauptet, daß diese Urkunde unecht sei. In einer früheren Verhandlung lag ein Gutachten des Gerichtsschreibers Dr. Paul Jesevich vor, der auf Grund seiner chemischen und mikrophotographischen Untersuchungen zu dem Schluß gekommen ist, daß wahrscheinlich eine vorhandene, aber keine Unterfälschung der Schwägerin mit dem darüber stehenden, aber mit anderer Tinte geschriebenen Text und vielleicht durch Abschneiden des oberen Teils des Papierbogens, auf dem die Unterschrift steht, in die vom Angeklagten präsentierte Form gebracht worden ist. Der Angeklagte bestritt dies und hat sich auf eine Anzahl von Zeugen berufen, die über das Zustandekommen der bestrittenen Urkunde Aussage machen sollen. Ihm wird aber vorgeworfen, daß er versucht habe, einige dieser Zeugen zum Meineide zu verleiten. — Bei dem Urfange der notwendigen Beweisaufnahme, bei der zahlreiche gerichtliche Urteile und Urkunden verlesen werden müssen, sind fünf Sitzungstage für die Verhandlung angelegt worden. Wir werden das Urteil mitteilen.

